



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1911**

171 (11.4.1911) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-145958](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-145958)

# General-Anzeiger



Abonnement:

70 Pfennig monatlich, Eringerlein 20 Bg. monatlich, durch die Post bez. incl. Postzuschlag N. 3,43 pro Quartal. Einzel-Nummer 2 Bg.

Inserate:

Die Colonnade-Zeile . . . 25 Bg. Auswärtige Inserate . . . 30 Die Reklame-Zeile . . . 1 Mark

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

## Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Gelesenste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben (ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbureaus in Berlin und Karlsruhe.

Schluss der Inseraten-Aannahme für das Mittagsblatt Morgens 1/2 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Telegramm-Adresse: „General-Anzeiger Mannheim“.

Telefon-Nummern: Direktion u. Buchhaltung 1448 Druckerel-Bureau (Annahme Druckerarbeiten) 341 Redaktion . . . 377 Expedition und Verlagsbuchhandlung . . . 218

Nr. 171.

Freitag, 11. April 1911.

Abendblatt.

Die heutige Abendausgabe umfasst 12 Seiten.

### Sozialdemokratischer Verrat an der Arbeiterklasse.

Neuerliche Auslassungen des sozialdemokratischen Zentralorgans benehmen jeden Zweifel darüber, daß die angebliche Arbeiterpartei allen Ernstes daran geht, auf dem Wege der Obstruktion die Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung zu vereiteln und damit an der gesamten Arbeiterklasse einen Verrat zu verüben, wie er in dieser Fribolität doch noch nicht dagewesen ist. Der „Vorwärts“ versichert zwar noch am Samstag, daß „Gefahr von einer Obstruktion sei von der Scharfmacherpresse erfunden;“ am Sonntag aber schließt der Leitartikel desselben Blattes „Ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter!“ mit der nicht mehr mißverständlichen Ankündigung: „Die angeführten ungeheuren Eingriffe in die Rechte der Arbeiterklasse machen eine energische Aufsehnung gegen die geplante Unbill zur Notwendigkeit!“ Welcher Art diese „energische Aufsehnung“ der Widerstand gegen den Verrat sein wird, kann nach Lage der Dinge nicht zweifelhaft sein. Die Sozialdemokratie wird — selbstverständlich im Rahmen, aber gleichzeitig eben unter schwerstem Mißbrauch der Geschäftsordnung — bei allen ihr unangenehmen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung (und das sind sie ja wohl so ziemlich sämtlich) aus der Kommission ihre dort schon ausführlich beratenen Vorschläge wieder herbeiholen, neue hinzufügen, in jedem einzelnen Paragraphen namentliche Bestimmungen beantragen, und dergleichen schöne, „durch die Geschäftsordnung gebotene“ Mittel mehr! Bei 1754 Paragraphen bieten sich da natürlich unbegrenzte Möglichkeiten. Der parlamentarische Sprachgebrauch aber nennt eine solche systematische Durchkreuzung und Verhöhnung des Mehrheitswillens, diesen Mißbrauch der Geschäftsordnung mit geschäftsordnungsmäßigen Mitteln nun einmal „Obstruktion.“ Wenn der „Vorwärts“ das Ding nicht beim rechten Namen nennen will, so mag dabei vielleicht noch ein Rest von Schamgefühl gegenüber der Arbeiterklasse im Spiele sein, deren Interessen die Sozialdemokratie hier aus parteiorganisatorischen Gründen in einer Weise verraten will, welche alle ihre bisherige Bekämpfung der staatlichen Arbeiterfürsorge noch in den Schatten stellt: Die „Arbeiterpartei“ steht im Begriff, der deutschen Arbeiterklasse die gesamten in der Reichsversicherungsordnung vorgesehenen Vorteile, — die Invalidenrenten, die Unfallrenten, die Erhöhung des täglichen Krankengeldes für hochgelohnte Arbeiter um 50 Pfennig, die Ausdehnung der Krankenversicherung auf weitere fünf Millionen Arbeiter (Landarbeiter, Heimarbeiter und häusliches Dienstpersonal) — nur deshalb zu vereiteln, weil etwa 5000 Rassenbeamten Stellen fürstlich und nicht mehr der Sozialdemokratie zur Verfügung ihrer Agitatoren überlassen bleiben sollen. Das ist die geplante „Unbill“ und der „ungeheuerliche Eingriff

in die Rechte der — Arbeiterklasse“ (lies: der Sozialdemokratie), welcher die „energische Aufsehnung zur Notwendigkeit macht.“

Im Augenblick fühlt der „Vorwärts“ allerdings die noch dringlichere Notwendigkeit, das parteiorganisatorische Grundmotiv des beabsichtigten Arbeiterverrats und der Obstruktion vor den Arbeitern auf jede Weise zu verschleiern. Dazu soll zunächst wieder die Behauptung dienen, die Mehrheit wolle die Vorlage „durchprüfen“. Die Haltlosigkeit dieses Vorwurfs hat Abg. Horn in der von der „Nat. Korrespondenz“ veröffentlichten Erklärung überzeugend nachgewiesen. Zweitens versucht der „Vorwärts“ die Vereitelung des Gesetzes damit zu rechtfertigen, daß die angeblichen Vorteile nichts als ein Betrug der Arbeiterklasse seien, daß die ausgeworfenen Renten eine „erbärmliche Niedrigkeit“ aufwiesen usw. Das ist dasselbe Argument, mit dem die Sozialdemokratie seit 30 Jahren in bewusster Entstellung des Zwecks unserer Arbeiterversicherungs-gesetzgebung jedes sozialpolitische Gesetz diskreditiert hat. Die staatliche Arbeiterfürsorge in Deutschland soll keine Staatspensione erziehen, sondern die Arbeiterklasse nur für die Fälle der Not sichern. Die gewährten Renten mögen an sich gering sein, für ihren Zweck sind sie zunächst hinreichend. Tatsächlich geht der Gesamtaufwand heute in die Milliarden, und noch kein Industriestaat der Welt hat bisher auch nur halbwegs das Maß von Arbeiterfürsorge erreicht, das bei uns schon vor der Reichsversicherungsordnung bestand.

Endlich aber legt der „Vorwärts“ besonderes Gewicht auf den „Nachweis“, daß der sozialdemokratische Mißbrauch der Rassenrenten nichts als eine „frivole Beschuldigung der Scharfmacher“ sei, für die jeder Beweis fehle, so daß also auch kein Anlaß zu den beabsichtigten Änderungen in der Ortskrankenkassenverwaltung bestehe. Nun, wenn dieser Mißbrauch nicht stattgefunden hat und auch nicht beabsichtigt ist, woher dann die fürchterliche Aufregung der Sozialdemokratie? Warum will sie denn Obstruktion treiben, wenn sie nicht schwere, parteipolitische Einbuße von der Neuordnung befürchtet? Weiß denn der „Vorwärts“ nicht mehr, daß er selbst die Ortskrankenkassen als die vorzüglichste „Waffenkammer“ proletarischer Befreiungskämpfe begrüßt hat? Ist das geradezu vernichtende Material, welches das Buch von Dr. Müller und die bekannte, im Verlage von Otto Elsner in Berlin, erschienene Schrift „Die Sozialdemokratie als Arbeitgeberin“ usw. über die sozialdemokratische Mißwirtschaft in den Ortskrankenkassen an den Tag fördern, irgendwo wieder gelegt worden? Oder hat irgend eine der lumpenpolitischen Klassen gegen die Verfasser zu klagen geneigt? Hat man sich nicht vielmehr damit begnügt und begnügen müssen, diese Anklageschriften auf ordinärste Art zu beschimpfen? Und endlich: Ist nicht amtlich erwiesen worden (siehe die Begründung zum Ausführungsgesetz zur Reichsversicherungsordnung), daß der beabsichtigte Anstellungsvertrag, welcher den sozialdemokratischen Rassenbeamten die lebenslängliche Sinelure auch für den Fall schwerster Zuchthausstrafen sichert, in hundert von 100 Fällen tatsächlich abgeschlossen wurde, während die Sozialdemokratie standhaft erklärt, es handele sich nur um einen Entwurf? Vielleicht überlegt sich diese Partei doch noch

einmal gründlich, welche Folgenwirkungen ihre Obstruktion und ihr Arbeiterverrat unter Umständen haben könnten. Es mag ihr gelingen, unter der Maske der „Arbeiterfürsorge“ die Verabschiedung des segensreichen Entwurfs zu hintertreiben. Glaubt sie aber wirklich, daß es ihr auf die Dauer möglich sein werde, dieses frivole Spiel mit den Interessen der Arbeiterklasse vor dieser selbst zu demüteln? Für die bürgerlichen Parteien würde eine wirksamere Wahlparole schwerlich denkbar sein, als die Befreiung der Arbeiterklasse von der sogenannten Arbeiterpartei, welche die Fürsorge der Witwen und Waisen und die Krankenversicherung weiterer fünf Millionen Arbeiter hinterzieht um ihre Parteiagitatoren besser zu versorgen zu können.

### Die französische Hochverratsaffäre.

(Von unserm Pariser Korrespondenten.)

R.K. Paris, 10. April.

Wie immer, wenn sich die Gelegenheit bietet, versäumt auch bei der Hochverratsaffäre Rouet der „Matin“ nicht, seinen chauvinistischen Neigungen nachzugehen. Nachdem er pflichtgemäß das aus St. Petersburg kommende Telegramm der „Agence Havas“ gebracht, welche autorisiert ist zu erklären: daß die deutsche Regierung niemals dem russischen Auswärtigen Amt einen Einblick in geheime französische Akten gewährt; daß es niemals zu peinlichen Auseinandersetzungen zwischen Frankreich und Rußland während der ganzen Dauer der Unterhandlungen betreffs der Bahnen in Alaska und Persien gekommen; daß seit Anbeginn dieser Frage die russische und die französische Regierung in völligem Einverständnis vorgegangen sind, läßt der „Matin“ eine ausführliche Privatkorrespondenz aus St. Petersburg folgen. Darin wird zunächst gemeldet, daß die Dokumenten-Affäre vom Quai d'Orsay in St. Petersburg einen außerordentlichen Eindruck hervorgerufen habe. Das zufällige Zusammentreffen eines Artikels der „Novoje Wremja“, in welchem der die Organisation des deutschen Informationsdienstes „korumpierende“ Einfluß kritisiert und erklärt wird, daß fortan kein ausländisches Journal sich Deutschland geneigt zeigen dürfe, ohne Gefahr zu laufen, den Glauben zu erweiden, daß es vom Berliner offiziellen Pressbureau bezahlt sei, mit der Bekanntmachung des Dokumentenabhandels vom Quai d'Orsay, befürchte alle Welt in der Annahme, daß auch die f. Z. in der „Evening Times“ erfolgte tendenziös gefärbte Publikation des russisch-deutschen Abkommens nur durch eine Indiskretion deutscherseits herbeigeführt worden könne, da sich das authentische Dokument nur in den Händen deutscher Diplomaten befunden, während Herr Sazonoff der russische Minister des Aeußeren, sich nur im Besitz eines Entwurfs befand, der ihm allein verständlich war.

Während Deutschland durch Raimon dazu in den Stand gesetzt, die Bagdadbahn betreffenden Briefe an den französischen Gesandten in Konstantinopel, welche für Rußland recht unverständlich lauteten, vor Herrn Sazonoff spielen ließ, um ihn ungeschickt der „Unaufrichtigkeit“ Frankreichs“ zu einem Spezialabkommen mit Deutschland zu bewegen, habe der von Deutschland gelaufte Raimon in der „Evening Times“ durch

aber nicht nur als Redner, sondern auch als Wirt und Gastgeber geht Herr Nathan ein Talent, das gewiß nicht im Stillen zu entwickeln hat. In die Prochaine seines Kapitols, dem römischen Palast, hatte er in den letzten acht Tagen fünfmal Gelegenheit, Kongreßleute einzuladen. Die Künstlerische hatte ihm ein volles Haus gebracht. Seine Kleinigkeit, zwanzigtausend reichhaltige Künstler zu bewirten, über tausend Künstlerkolonnen waren nicht zu Gasse gebieten worden. Die Beengtheit der Räume hätte ein solches Plus nicht zugelassen. Ich frage mich: hat Nathan wohl gehandelt, als er das dritte Drittel der in Rom versammelten Künstlerchaft sowas wieder ausließ? Künstler sind ein leicht beleidigtes Volkchen. Was wissen die diversen „Vögelkommissionen“ und die Jurymitglieder, Werden sich die Nicht-angefangenen jetzt nicht rühmend auf die Seite der zahlreichen Gegner des römischen Bürgermeisters schlagen? Oder hat er im Ernst geglaubt, man kommt lediglich in seiner Eigenschaft als gottbegnadeter Künstler nach der vielgepriesenen „Communita Patria“, um hier die Rede- und Vortragssalven über sich ergehen zu lassen?

Herr Nathan hätte sich, wäre er an einem anderen als dem Eröffnungstage zu den Künstlerkongressen gekommen, leicht überzeugen können, daß von den Teilnehmern noch nicht fünf Prozent den Vortragssalven beizuhören. Es ist auch wirklich nicht immer kurzweilig, wenn Herr Corrado Ricci sich über die „Ungeheuerliche Roma“ vernehmen läßt, oder wenn Herr Ugo Dotti, der vielbeschriebene Journalist und Kritiker, seine Anspielungen über die „Nationalistische Kunst“ von heute und ihre Geschicke“ herunterläßt, Professor Blum über die ästhetische Erziehung und den künstlerischen Unterricht in den Schulen sein vernichtendes Urteil spricht, das nur darum kein größeres Unheil anrichten kann, weil es den Nichttalentierten — und das sind gute 90 Prozent der Hörer — unverständlich bleibt.

Rein, Kongresse sind oft aus dem höchsten Interesse, wenn die Teilnahme an den Sitzungen nicht obligatorisch wird. Die Künstlerkongressen lagen in dem Augenblick, wo ich dies zu Papier bringe, schon den folgenden Tag. Drei weitere Sitzungen stehen Ihnen noch bevor. Küher den emigen Schemataphen und dem Redner erblicke ich heute im Sitzungssaal vierzehn Mann, darunter drei Berufsgewissen von mir. Wir nahmen die Bewilligung mit auf den Weg, daß alle Vorträge — ich bitte: keine Sitzung unter sechs Stunden! — gedruckt allen, die sich dafür interessieren, gratis und franko zugehen werden, und

### Seuilleton.

#### Vom internationalen Künstler-Kongress.

(Von unserm römischen Korrespondenten.)

Rom, Anfang April.

Es wird mächtig „garrig“ in dem alten Rom. Wenn alle Reden und Vorträge, die seit dem Beginn der römischen Jubiläumstage, vom 27. v. Mis. ab gerechnet, gehalten worden sind, gesammelt, gedruckt und in einem Bande vereinigt würden, so käme ein Werk in Verlagsform heraus. Ob der Wert dem Umfang des Buches entspricht, mühte auf einem anderen Blatt stehen. Am ersten Tage verfuhr ich es mit dem Studium der Rednerliste, um am Tage darauf von die er Arbeit ermüdet abzuhaken. Heute weiß ich mit aller Bestimmtheit, daß den Redner aller Zeit- und Kongressredner unter guter Sincero Enrico Nathan gelingen hat. Ich gehöre zu den Bewunderern Nathans des Bürgermeisters, nicht weil er etwa am 10. September v. J. sich mit seiner Veria Placide urbi et orbi vorstellte (es wäre unangebracht geblieben, wenn unser weiser Nathan geahnt hätte, welchen Verdienst der apokryphische Sallustianus aus seiner Anklage zurechnen würde), sondern weil das Oberhaupt der ewigen Stadt sich zu einem Unterredner von unübertrefflichen Qualitäten und zu einem Abweiserpräsidenten von labilhaftem Geschick innerlich weniger Wochen angeeignet hat. Selbst der Haß der Welt des Vatikanische Winters hat mir (Jungen) muß es ihm lassen: der Bürgermeister, der doch von Geburt Engländer ist und sich erst in spätem Jahren zum Volkstücker durchgerungen hat, stellt in diesem Lohnwobau von Reden, Kongressen, Eröffnungen, Festschmückungen und Banketten einen Mann. Wenn er aus seinem Grad herauschlägt, mag sein Kammerdiener wissen. Wie anders haben wir festzuhalten, daß Sincero Nathan abgesehenwärtig ist von früh bis in die sinkende Nacht.

Wir seiner Bürgermeistertögen von ganz Italien, die sich — eingerechnet der Dorfchulgen etwa 700 an der Zahl — zuerst um ihn

versammeln, hatte er höchlich leichte Arbeit. Aber dann kamen aus aller Welt die Künstler und ihre Kritiker, alles Leute, die nicht mit sich geduldeten Proben von handreier Mißnahme und Schwammkommissionen werden unterhalten sein wollen. Die durch den Sincero repräsentierte Folge der größten und ältesten Kunststadt der Welt mußte eine ebenbürtige wie Künstlerische Rolle in das Spiel hineinbringen. Oder wir einige Sätze, mit denen sich Herr Nathan „and der Affäre gesegnet“ hat. „Nunet Rom, so wandte er sich an den Künstlerkongress, nicht durch alle Epochen hindurch, in seiner Lage, seinen Denkmälern, seinen Häusern, seinen Sitten, in auch in seinem Föhim die Kunst aus allen Werten aus! Ist Rom nicht der Perlestein, von dem die Kunst ihre weiten Sichtstrahlen über die ganze Welt ausstrahlt? Und Ihr, Söhne der Kunst, wenn Ihr hierher wallabtet, um römischen Geist zu atmen, um wiederzukommen an dem Vater der großen Mutter, seid Ihr nicht in Eurem eigenen Hause? Verfügt nicht im Angesicht der Ruppel Michelangelo die Kindesliebe Guren Schritt, schlingen Gure Pulse nicht schneller, Gure Herzen nicht höher?“ Rom, die communis patria aller Künstler, das universale Vaterland aller Kunst! das war das Weltmotiv der Ausführungen Nathans, die fürwischen Beifall unter den 500 Kunstgenossen fanden, die sich in dem Neenort der alten Angehörigen eingeklinkt hatten.

Derselbe Sincero Nathan, der den Künstlern so warm zu Herzen gesprochen, hat inzwischen auch den Musikkongress mit eröffnen lassen. Natürlich zeigte er sich da von seiner musikalischen Seite, wie er später den Musikern, den Mathematikern, Geographen, Philologen, Philosophen, Juristen, Schriftstellern und hundert anderen Kongressisten, die er von Kindertagen zu begreifen hat, seine Liebe für die Medizin, die Mathematik, die Philologie und hundert anderen wissenschaftlichen Kram in schöngelegten und auf die jeweiligen Themen liebevoll bezugnehmenden Reden zu offenbaren haben wird. Unde ich Unrecht, wenn ich behaupte, der römische Bürgermeister im Ost- und Jubiläumstage muß sich von einer virtuellen Vielköpfigkeit zeigen, wenn anders er sich nicht der Gefahr aussetzen will, seinen Beruf verfehlt zu haben? Vergundern Sie mit mir den Mann, der in den noch kommenden 175 Jubiläumstagen noch 127 Kongresse (wenn sich deren Zahl nicht noch vermehrt) und 97 Feststellungsabteilungen präsent mit viel schönen Reden zu eröffnen, sowie 18 Concerne in Roms Mauern zu demökommunen haben wird.

die geschichtl. entstellte Darstellung der deutsch-russischen Abmachungen wiederum in England und Frankreich Mißtrauen gegen Rußland gefütet. Ein russischer Gewährsmann des Petersburger Korrespondenten des „Matin“ kommt, nachdem er kategorisch erklärt, daß weder Frankreich noch England im Bezug der Bagdadbahn verhandelt hätten, ohne Rußland auf dem Laufenden zu erhalten und daß beide Länder dieselbe Haltung auch in anderer politischer Beziehung beibehalten haben, zu dem Schluß, daß falls deutscherseits Herrn Sazonoff geheime französische Akten vorgezeigt wurden, die für Rußland nicht schmeichelhaft wären, diese Akten nur gefälscht oder entstellt sein müßten. Der „Matin“ bringt gleichzeitig eine Meldung aus London bezuglich der Chefredakteur der „Evening Times“ erklärt, daß die betreffende Publikation nicht aus Paris, sondern aus St. Petersburg stammt, was der „Matin“ natürlich nicht glaubt.

Ich bin übrigens in der Lage Ihnen mitteilen zu können, daß sich entgegen dem „Matin“, in der gemäßigten Pariser Presse eine Kampagne vorbereitet, die dem französischen Chauvinismus zu Leibe rücken und einen vernünftigen Standpunkt gegenüber Deutschland predigen will.

### Politische Uebersicht.

\* Mannheim, 11. April 1911.

#### Ein neues päpstliches Motu proprio?

Wie ein oberbayerischer Landpfarrer der „Lugsb. Abendzeitung“ vom 8. April schreibt, soll das vor einiger Zeit angefündigte Motu proprio, das den katholischen Geistlichen das hässliche Tragen der Soutane gebietet und jeden Besuch eines Gasthauses, Theaters und dergleichen verbietet, trotz der Dementis in der Zentrumspresse doch ergangen sein. Der päpstliche Erlaß liegt seit Wochen beim päpstlichen Nuntius in München. Nur die Schwierigkeiten, auf die Rom in letzter Zeit gestoßen, gaben Veranlassung, mit der Veröffentlichung abzuwarten. Die Zensur führt weiter Beschwerde über die strenge Durchführung des Dekrets über die Zulassung von Geistlichen zu Verwaltungsstellen in wirtschaftlichen Verbänden. Zur Kennzeichnung der „traurigen Stellung, die der deutsche Episkopat gegenüber der römischen Kurie einnehme“, dient die Tatsache, daß auch hier kein deutsches Ordinariat vorher gestiftet worden ist. Der Pfarrer schreibt:

„Sic volo, sic iubeo, spricht Rom. Deutsche Bischöfe, darunter der Münchner Erzbischof, wandten sich bitten nach Rom, es möchte ihnen Dispens gewährt werden. Keine Spur! Es wurde der Termin, bis die Geistlichen die Stellen des Vorstandes und Rechners niederzulegen haben, um einige Monate hinausgeschoben und bei Neugründungen hinfällig gesteuert, daß Geistliche ein Jahr diese Stelle bekleiden dürfen, das war alles, aber auch alles. Ist es da ein Wunder, wenn gerade bei den Geistlichen, die jahrelang im Dienste der Kaiserlichen Post genung brachten, ein Mißmut herrscht, den man vor Pius X. umsonst im deutschen Klerus gesucht hätte!“

Damals scheint man die Deutschen wieder mal schlechter behandelt zu haben, als z. B. die Polen, deren Geistliche ja trotz des Motu proprio ruhig in den einflussreichen Stellen der polnischen Verbände verbleiben.

#### Fürst Bülow und die Reichsfinanzreform.

Von verschiedenen Seiten wurde berichtet, Fürst v. Bülow hätte ursprünglich die Absicht gehabt, dem Reichstagsrat als erste Aufgabe die fertig ausgearbeitete Reichsfinanzreform zu übergeben, sich aber durch den Rat nationalliberaler Führer überreden lassen, die Einbringung der Finanzreform zu verschieben. Rechtslebende Parteien hätten den Fürsten v. Bülow angefleht, die Folgen dieser Entscheidung gewarnt. Die „N. O. C.“ hat dem Fürsten v. Bülow von dieser Darstellung Kenntnis gegeben und ihn gefragt, ob er dazu Stellung zu nehmen gedenke. Fürst v. Bülow hat folgendes geantwortet: „Rom, 9. April 1911. 4 Uhr 47 Minuten.“

Verbindlichen Dank. Ich möchte auch jetzt nicht aus der Zurückhaltung herausreten, die ich mir seit meinem Rücktritt auferlegt habe.

Fürst Bülow.

Von anderer Seite verlautet dazu, daß die Behauptung, die jetzt die Runde durch die Presse gemacht hat, die Reichs-

finanzreform wäre im Anfang der Blodora fertig ausgearbeitet gewesen, ihr Einbringen aber vom Fürsten v. Bülow verschoben werden, den Tatsachen nicht entspricht. Es ist durchaus unrichtig, daß die Reichsfinanzreformvorlage ausgearbeitet gewesen war, als der Reichstag zusammentrat. Damit fallen alle Schlußfolgerungen, die an diese nachweisbar falschen Behauptungen geknüpft wurden, in sich selbst zusammen.

### Deutsches Reich.

— Die Dispositionen der Kommission für das neue Strafgesetzbuch. Wie mitgeteilt wird, wurden die Beratungen der Kommission für den Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches, die bekanntlich am 4. ds. Mts. begannen, mit einer Einführungsrede des Staatssekretärs des Reichsjustizamtes Dr. Lisco eröffnet, in der dieser die voraussichtliche Dauer der Kommissionsberatungen auf ein Jahr bemah. Es wurde dann beschlossen, die Konferenzen der Kommission wöchentlich dreimal, und zwar am Montag, Dienstag und Mittwoch, abzuhalten. Die Beratungen werden jetzt zu Ostern eine Unterbrechung erleiden, worauf bis Anfang August d. J. durchgearbeitet werden soll. Nach einer sechsmonatigen Sommerpause tritt dann die Kommission von neuem zusammen, die gegenwärtig über den allgemeinen Teil des Entwurfs berät. Bei den Arbeiten der Kommission wird auch ein Gegenentwurf zu dem unverbindlichen Lorenzentwurf des neuen Strafgesetzbuches als Grundlage benutzt, der eine Privatarbeit aus der Feder der Geheimräte Raff, v. Ullst. v. Villenthal und Goldschmidt darstellt. An den Kommissionsberatungen nehmen stets alle Mitglieder teil mit Ausnahme einiger Sachverständiger, die nicht immer benötigt werden. Die Hinzuziehung von Vertretern der Presse wird erst später erfolgen, wenn die strafrechtlichen Bestimmungen über Beleidigungen und besonders die Presse angehende Delikte etc. fixiert werden sollen.

— Die freisinger Bischofskonferenz und die Lehrer. Aus Unterfranken wird von einer Seite, die als gut unterrichtet bezeichnet wird, mitgeteilt, daß auf der Bischofskonferenz in Freising Vereinbarung getroffen werden soll zu einer ausführlichen Denkschrift über die Angelegenheit des Episkopats und des Bayerischen Lehrervereins. Die Denkschrift soll an die Staatsregierung gerichtet werden und den Zweck haben, auf die verderblichen Tendenzen in der Lehrerschaft nachdrücklich hinzuweisen. — Ruhige Ueberlegung dürfte doch eher zu der Annahme führen, daß angesichts des betrüblichen Erfolges der offensichtlich überstürzten ersten Aktion gegen die bayerische Lehrerschaft von einer weiteren öffentlichen Stellungnahme der Bischöfe gegen die Lehrer abgesehen werde.

— Deutsche Gesellschaft für Konsums- und Erholungsheime. Die Mitgliederanmeldungen und Zeichnungen der Deutschen Gesellschaft für Konsums- und Erholungsheime erfolgen andauernd in großem Maße. Anteilseinzahlungen sind namentlich für etwa M. 800 000 eingelaufen, obwohl in demselben weiten Bezirke mit einer Agitation noch nicht begonnen worden ist. Es sind auch bereits Stiftungen in großer Zahl erfolgt, z. B. Hilfe der Beamten-Wohlfahrtsvereine der Waggonfabrik Gustav Talbot u. Co., Wachen M. 10 000, wofür ihm schuldgemäß jährlich hundert kostenfreie Verpflegungstage für seine Angehörige zufließen. Gleiche Beträge stifteten u. a. die Firmen Eduard Arnhold, Berlin und Koopers Stoffgeschäft, Bielefeld. Die Errichtung der Heime dürfte deshalb voraussichtlich wesentlich früher erfolgen können, wie jetzt beabsichtigt war. Ueber hundert Städte und Gemeinden haben sich bereit erklärt, der Gesellschaft kostenfreie Gelände zur Verfügung zu stellen. Eine Reihe derselben hat ferner Steuererleichterung, Vergünstigung bezüglich Wasser und Licht, Gewährung von Hypotheken, freie Uebernahme der bauschneidenden Arbeiten um. angeboten. Bezüglich der Bauausführung gedenkt die Gesellschaft in aller Kürze ein Preisanschreiben für Architekten zu verfassen.

### Badische Politik.

#### Lehr-Verträge in der Zigarrenindustrie.

Rh. Unter den süddeutschen Zigarrenfabrikanten wird häufig darüber geklagt, daß ein großer Teil der jüngeren Köhler und Sortierer für diese Berufstätigkeit nicht gründlich genug ausgebildet ist, und daß infolgedessen ihre Leistungen qualitativ und quantitativ viel zu wünschen übrig lassen. Der Arbeiter hat davon den Nachteil, daß er weniger verdient, als er bei guter Ausbildung verdienen könnte, und der Fabrikant hat den Nachteil, daß mit dem gegenwärtig so kostspieligen und durch den Wertzoll noch erheblich verteuerten Material nicht so sorgsam und wirtschaftlich verfahren wird, wie es unbedingt

notwendig wäre. Die wirtschaftlichen Verbände der Zigarrenindustrie machen es deshalb ihren Mitgliedern zur Pflicht, auf eine gründliche, sorgfältige Schulung ihrer Widelmacher, Köhler und Sortierer Bedacht zu sein, und empfehlen zu diesem Behufe überall, wo dies durchführbar erscheint, den Abschluß von Lehrverträgen mit mindestens zweijähriger Dauer.

Während diese Bestrebungen in Weiskalen, Hamburg und Bremen von den Fabrikinspektoren nachdrücklich unterstützt werden und auch schon dazu beigetragen haben, die Arbeitslöhne auf ein höheres Niveau zu bringen, hat die badische Fabrikinspektion seit einigen Jahren den Standpunkt vertreten, daß in der Zigarrenindustrie Lehrverträge der rechtlichen Grundlage entbehren. Der unterbadische Verband der Zigarrenfabrikanten hat sich infolgedessen mit einer eingehenden begründeten Eingabe an die Fabrikinspektion gewandt, um sie zur Nachprüfung ihrer Auffassung und zu einer entgegenkommenden Haltung in der Lehrlingsfrage zu veranlassen. Dabei berief er sich auf eine Reichsgerichts-Entscheidung, wonach die Begriffe des Lehrlings und des Fabrikarbeiters einander nicht ausschließen, und auf eine einmütige Kundgebung des Arbeitgeberbundes der deutschen Zigarrenindustrie, wonach das Zigarrenmachen und das Zigarrensortieren Fabrikations-Tätigkeiten sind, die erlernt werden müssen. Daraufhin hat sich die badische Fabrikinspektion die in Weiskalen üblichen Lehrverträge zur Einsicht vorlegen lassen, um die Angemessenheit in erneute Ermägung zu ziehen.

#### 5. Musikpädagogischer Kongress.

10. Berlin, 10. April.

Unter zahlreicher Beteiligung von Musiklehrern und -Lehrerinnen, ausübenden Künstlern, Konservatoriumsleitern und anderen interessierten Persönlichkeiten begannen heute vormittag im Plenarsaal des Reichstagsgebäudes die Verhandlungen des V. Musikpädagogischen Kongresses.

Der Vorsitzende des Musikpädagogischen Verbandes, Professor Rutenkauff (Berlin), begrüßte die Erschienenen und schloß mit einem Hoch auf den Kaiser, den Schirmherren der Musik, an den ein Guldigungstelegramm geschickt wurde. Professor Wagner (Wien) dankte für den freundlichen Empfang in der Reichshauptstadt und teilte mit, daß auch in Oesterreich ein Musikpädagogischer Verband unter staatlicher Beihilfe in der Gründung begriffen sei. Das Interesse daran sei ein überaus großes, jedoch der neue Verband mit ungefähr 1200 Mitgliedern ins Leben treten werde.

Oberamt ersuchte die erste Schriftführerin, Fräulein Anna Morich (Berlin) den Bericht des Verbandes. Der Bericht beschäftigte sich vorwiegend mit literarischen Arbeiten des Verbandes.

Sodann sprach Hans Schaub (Berlin) über „Die soziale Lage der deutschen Musiklehrer und -Lehrerinnen“. Der Redner ging davon aus, daß es unbedingt notwendig sei, die soziale Lage der Musiklehrer auf ein höheres Niveau zu bringen. Die Musiklehrer würden in ihrer Stellung nicht so gewürdigt, wie sie es verdienen. Man müsse allerdings zunächst bei sich selbst zu prüfen ansetzen, ob man nicht Fehler begangen habe. Nicht Wollen und Streben, sondern das Können und Vollbringen seien ausschlaggebend; nur solche Kräfte, die selbst etwas Können, sollten Musik lehren. Andererseits sei eine Ueberproduktion an der gegenwärtigen Lage der Musiklehrer Schuld. Durch das Ueberangebot von Kräften scholle man ein Ueberangebot von Honoraren. Es sei eine Schande, daß für Privatschulen in Musik Breite gepöblt würden, die jeder Hauswirts und jeder Tagelöhner ablehnen würde. Vor allem aber sei die Schmutz- und Schwindelkonkurrenz an der geringen Bewertung der Musiklehrer Schuld. Viel Nutzen werde auch mit dem Ziele „Konservatorium“ und „Akademisch gebildet“ getrieben. Es gebe auch heute noch Professoren, die den Diktat nicht vom Diktant zu unterrichten wüßten. (Heiterkeit.) Jeder hässliche Titel sei gelohnt, aber die privaten Titel könnten von jedem benannt werden, was es sich auch um einen früheren Gemütskranken, einen verkrachten Raubmörder oder einen eckwichtigen Konfirmanden handle. Das Krönchen solcher Titel sei nicht kostbar. Hier kann nur etwas helfen, nämlich der vom Staat geforderte Befähigungsnachweis zur Erlangung eines Konservatoriums. Dann wird gegen solche Schwindelabsätze auch mit strafrechtlichen Mitteln wegen unlauteren Wettbewerbs und Betruges vorgegangen werden können. Der Redner wendet sich ferner gegen die Konkurrenz der Volksschullehrer. In einer kleinen Stadt unterrichtet ein Lehrer eine große Anzahl seiner Volksschüler in Musik, mit denen er schließlich ein großes Schülertum veranfaßt. Nach Schluß der Schule sind die Zustände im Osten des Reiches. Derartige Verhältnisse sind ungesund und schädigen den ganzen Staat. Zum Schluß geht Redner auf die Aufbaufähigkeit ein, die er als ein Merkmal auf die Natur bezeichnet. Sie sei die kampfswürdige Tugend, die man sich denken könne. Der Redner schloß mit einem Appell an Presse und Öffentlichkeit, die Bestrebungen des Musikpädagogischen Verbandes zu unterstützen.

Die folgenden Vorträge „Der Einfluss des modernen Lebens auf die Belangsamkeit und das Belangsamwerden“ (Präsidentin Cornelia von Jansen-Berlin) und „Die wissenschaftlichen Grundlagen des sogenannten Tonhörens“ (Oberbaurat Dr. Barth-Berlin) boten lediglich sachwissenschaftliches Interesse.

— König Heinrich. Der 2. Abend bringt Hoffins „Der Barbier von Sevilla“ mit Frieda Hempel (Berlin) und Erik Wief (Frankfurt a. M.). Als 3. Festspiel-Abend erscheinen Richard Wagner „Meistersinger von Nürnberg“ auf dem Spielplan. Den Dank sprach ferner Walter Soomer (Leipzig), das Buchchen Lily Hagren-Waag (Mannheim), Walter Stelzinger, Fritz Vogelstrom (Mannheim), David Dr. Paul Rubin (München).

Bring August Wilhelm als Künstler. Bring August Wilhelm von Bremen hat sein Interesse für die neuen Räume des Hohenzollern-Kunstmuseums in Berlin dadurch zu erkennen gegeben, daß er sich nicht allein persönlich künstlerisch bei der Innenausstattung betätigt, sondern auch eine Anzahl von großen Skulpturen im Empire- und Biedermeiercharakter selbst entworfen und geschnitten hat. Diese Skulpturen, die unerkäuflich sind, werden jetzt laut „Konf.“ in dem neuen Hause durch Festung umrahmt und miteinander verbunden als Wand schmuck dienen. Die hierfür ausgemerkten Summen hat der Bring einem Wohltätigkeitsfonds überwiesen.

Eine neue Dürererwerbungen des Berliner Museums. Auf einer Amsterdamer Versteigerung hat jüngst die graphische Sammlung der Berliner Museen ein großes Studienblatt Albrecht Dürers erworben, das bisher der Dürerforschung fast ganz unbekannt geblieben ist. Der Direktor des Berliner Kupferstichkabinetts, Dr. Max J. Friedländer, veröffentlicht es schon im Jahrbuch der Igl. Preussischen Kunstsammlungen. Namentlich ist auf dem 1521 datierten Blatt der heilige Christoph dargestellt, wie er, auf seinen Steden gehend, den kleinen Jesusknaben durchs Wasser trägt. Nun hat Dürer in des Tagesbuches er während seiner niederländischen Reise führte, zu Pfingsten 1521 notiert, daß er dem Joachim Patinir, dem berühmten Land-

ganz in allen weitgesprochenen Sprachen. Interessenten, die zu Hause geblieben sind, wollen sich also gefl. melden, um so wenigstens mittelbar an dem Künstlerkongress teilgenommen zu haben.

Wesentlich kurzweiliger als die Tagungen in der Engelsburg waren wieder die eingestreuten Anträge und wissenschaftlichen Ausführungen. Am meisten Vergnügen machte der Epilogergang nach dem Forum. Hier war das deutsche Element in der Mehrheit. Deutsche Künstler übernahmen die Führung und Erklärung. Erst hier wurde ich gewahrt, daß Berlin, Leipzig, Königsberg, München, Breslau, Mannheim, Dresden, Kassel und Düsseldorf sehr kurz vertreten war. Vor allen Dingen waren es deutsche Künstlerinnen, die der Aufmerksamkeit nach Rom geführt hatte.

Verzicht habe ich die ganz Großen, die Kampf und Genossen, die zur Zeit ihre Triumphe in der internationalen Kunstausstellung feiern. Von hier zur Engelsburg wäre es nur ein kurzer Weg gewesen. Aber „man“ verhielt sich gegenüber dem Kongress passiv. Bewußt nur deshalb, weil „man“ von ihm nicht mehr viel zu lernen hoffte. (Laut mechanische Lärmung ist nichts für die ganz Großen. J. S.-g.)

### Theater, Kunst und Wissenschaft.

Der Kaiser als Baumeister. Mit Genehmigung des Kaisers haben Stadt- und Kurverwaltung von Hamburg v. d. O. beschloffen, ein Modell des für die neu eroberte Kaiserin-Augusta-Victoria-Quelle bestimmten Pavillons auf der Hygieneausstellung in Dresden vorzuführen. Der Pavillon, der einen römischen Tempel darstellt, ist vom Kaiser entworfen. Unterhalb des gewölbten Daches steht die Inschrift: „Augusta Victoriae Matri Patriae Benignissima“. Die Quelle selbst sprudelt über einem römischen Altar hervor, der auf Grund eingehender Studien ebenfalls vom Kaiser gezeichnet ist. Im Innern des Pavillons ist in deutscher und lateinischer Sprache folgende Inschrift zu lesen: „Spem deo Fructus, o Nymphae, salutem salutemque dabit. Hic, hinc se froh und gesund, Gott, zu den Ibsen zurück.“ Der ganze Entwurf ist vom Geheimen Baurat Professor Jacobi

in Hamburg nach den Skizzen und Zeichnungen des Kaisers ausgearbeitet worden.

Volkbildung und Kinematograph. Der Rhein-Mainische Verband für Volkbildung (Geschäftsstelle Frankfurt a. M., Eiserstraße 3) versammelte am letzten Sonntag Mitglieder und Freunde, sowie Vertreter von Schul-, Kreis- und Gemeinde-Verbänden aus Hessen, Nassau und den angrenzenden Gebieten, um die Frage zu besprechen, ob und wie der Kinematograph als Volkshilfsmittel nutzbar zu machen sei. Die Versammlung war sich darüber einig, daß der Kinematograph sowohl in den Dienst der Volksbelehrung wie der edlen Volksunterhaltung gestellt werden könne, und daß er namentlich ein wichtiges Mittel zur Darbietung edler Lebensfreude für das flache Land sei. Auch für die Jugend-erziehung könne der Kinematograph, wenn seine Vorführungen pädagogisch richtig geleitet würden, von Bedeutung sein. Die Versammlung empfahl dem Verbandsvorstand, kinematographische Vorführungen mit ergieblicher Tendenz in die Wege zu leiten. Besonders wichtig erscheint diese Aufgabe deswegen, weil sonst zu erwarten ist, daß sich auf dem Land ein dem Theaterschwierigkeiten und den minderwertigen musikalischen Darbietungen ähnliche nichtsnutzige kinematographische Vorführungen entwickeln würde. Diefem vorzubeugen sei eine notwendige Aufgabe. Der Verband wird deswegen schon in nächster Zeit mit der verdienstvollen Veranstaltung von kinematographischen Veranstaltungen beginnen und wäre dankbar, wenn ihm Interessenten des neuen Arbeitsgebietes recht bald Vorschläge für die Ausgestaltung der volkshilflichen Kinematographie, sowie ihn darüber benachrichtigen wollten, ob sie die Veranstaltung kinematographischer Vorführungen näher treten möchten.

Nürnberg Stadttheater. Die diesjährigen Ende April stattfindenden Festspiele leitet „Lohengrin“ ein. Darin singen Heinrich Hensel (Weiskalen) — Lohengrin, Eva von der Osten (Dresden) — Elsa, Margarete Brenne-Wagenauer — Ortrud, Friedrich Blochle (Dresden) — Telramund, Karl Brann (Weiskalen)

In der Nachmittags Sitzung sprach Fräulein Auguste Sprengel (Beilin) über den Stand der Privatbeamtenversicherung und die Allgemeine Deutsche Versicherungsanstalt. Die Referentin empfiehlt den Anschluß an die Allgemeine Deutsche Versicherungsanstalt, um im Alter vor Sorgen und Not geschützt zu sein. Der Vorstand habe lange erwogen, ob den Mitgliedern der Anschluß an die staatliche Versicherungsanstalt oder an die Anstalt zu empfehlen sei und ist zu dem Schluß gekommen, das letztere zu tun, da die Anstalt bedeutend mehr Vorteile als die staatliche Versicherung bietet. In diesem Sinne ist auch eine Eingabe an den Reichstagsrat abgegeben, in der gebeten wird, die Anstalt als vortreffliches Ersatzmittel zuzulassen. Uebrigens sei der Entwurf eines Privatbeamtenversicherungsgesetzes zur Zeit so unklar, daß es kaum von den Parteien des Reichstages angenommen werden würde. Wenn ein neuer Gesetzesentwurf kommen sollte, der mehr bietet, werde der Vorstand nicht zögern, die entsprechenden Schritte zu tun. — Vorlesen werden die Verhandlungen fortgesetzt.

**Die Stadtverordnetenwahlen und die Beamten.**

Die hiesige nahezu 300 Mitglieder zählende Ortsgruppe des Bundes der Festbesolbten hatte am Samstag abend in einem Vortrag eines Bundesmitglieds, Oberstadtrathungsrat Weiler, über die neue Städteordnung in den Sälen des „Goldenen Adlers“ außer ihren Mitgliedern auch die noch fernstehenden Beamten sowie Festbesolbten eingeladen. Dieser Einladung wurde so zahlreich Folge gegeben, daß das Lokal vollbesetzt war. Auch von Mannheim hatte sich der Vorsitzende des dortigen Bundes der Staatsbeamtenvereine, Professor Wendling, ferner Dr. Simon eingefunden. Die Versammlung gestaltete sich äußerst interessant und dürfte besonders für die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen von Bedeutung sein, umso mehr, da nahezu alle Beamtengruppen, insbesondere auch die unteren Beamten vertreten waren. Nach einer kurzen Begrüßung durch den Vorsitzenden des Bundes, Postsekretär Manz, ergriff der Referent

**Oberstadtrathungsrat Weiler**

das Wort. Aus der Fülle des Vorgetragenen interessierten besonders auch einige statistische Ergebnisse, die im Durchschnitt 278 Prozent betrug, in Karlsruhe dagegen 277, Mannheim 290, Freiburg 289 und Baden 401 Prozent. Nach der Reichsstatistik habe Karlsruhe zusammen rund 10 000 Staats-, Gemeinde- und Privatbeamte, erstere etwa 1/2 hiervon, wahlberechtigt dürfen gut 7000 sein, was bei jetzt insgesamt 20 000 Wahlberechtigten über ein Drittel der Wähler ausmacht, so daß also ziffermäßig ca. 82 Stimmernormen auf die Beamtenschaft entfallen würden. Referent empfiehlt zum Schluß, daß sich die Beamtenschaft mit den Bürgervertretern zusammenfinden müsse zu gemeinsamer Arbeit. Man solle sich seiner Stärke bewußt an die politischen Parteien wenden und diesen eine Anzahl Beamte als Kandidaten vorschlagen. Auf diese Art werde man mehr Erfolge erzielen, wie durch eigene Listen. Der Vortrag löste lebhaften Beifall aus. Die

**Diskussion**

war sehr lebhaft. Als erster Diskussionsredner stellt sich Rechnungsrat Bechtel (Hinzangam) auf den Standpunkt des Referenten und ist gegen eigene Listen. Dr. Kampfmeyer glaubt dagegen bestimmt, daß bei der Stärke der Beamtenschaft mit eigenen Listen mehr zu erreichen sei. Professor Wendling-Mannheim schildert die Mißere der dortigen Beamten gegen die Wohnungsnöte. Es gelte, für die Beamten Wohnungspolitik zu treiben. In Mannheim ginge die ganze Beamtenschaft geschlossen vor und stelle eigene Kandidaten auf. Der enge Zusammenschluß aller Beamten wäre das wünschenswerteste Ziel. Rechnungsrat Witz (Eisenb.) ist für den Anschluß an die politischen Parteien und gegen eigene Listen, desgleichen der Vorsitzende der Privatbeamtenorganisation Kirchmeier, der sich für ein selbständiges Vorgehen nicht begeistern kann, weil es die Gegensätze verschärfte. Stadtrat Jakob ist ebenfalls für den Anschluß an die politischen Parteien zu haben. Ohne die politischen Parteien sei nichts zu machen. Bureauassistent Keller (Eisenb.) wendet sich gegen Jakob. Parteipolitik gehöre in den Land- und Reichstag. Auf dem Rathaus dagegen brauche man Wirtschaftspolitik. Tropfen empfiehlt auch er zunächst an die politischen Parteien heranzutreten. Da man 1/2 der Stimmen besitze, dürfe man, ohne unabsichtlich zu sein, ein Viertel der Sitze anstreben. Eine reine Wohnungspolitik, wie Professor Wendling-Mannheim meine, sei in Karlsruhe weniger angebracht. Wenn die politischen Parteien heranzögen, solle man unbedingt selbständig vorgehen. Dr. Simon-Mannheim unterstützt die Ausführungen Kellers. Auf dem Rathaus dürfe nur Wirtschaftspolitik betrieben werden. Eine Parteiliste könne nur Leute brauchen, die Politik treiben. Deshalb hätten die Beamten wenig Aussicht. Redner ist entschieden für hundertprozentiges Vorgehen.

Nach weiteren Ausführungen wurde auf Vorschlag Dr. Kampfmeyer folgende

**Resolution**

einstimmig angenommen:

Die am 8. April von Hunden der Festbesolbten einberufene zahlreiche beschlossene Versammlung hält es für unerlässlich, daß die Beamtenschaft bei den kommenden Stadtverordnetenwahlen sich mit aller Entschiedenheit beteiligt. Sie beantragt den Vorstand des Bundes der Festbesolbten hier, sich durch Bewußt von Vertrauensleuten gleichstrebender Organisationen zu einer Kom-

mission zu ergänzen, die mit den politischen Parteien zu verhandeln hat. Sollten diesen den Beamtenschaft nicht eine ihrer Zahl und Bedeutung entsprechende Vertretung zubilligen, so soll die Kommission das Vorgehen mit eigenen Listen mit aller Entschiedenheit vorbereiten.

**Aus Stadt und Land.**

Mannheim, 11. April 1911.

\* **Verzicht** wurden in gleicher Eigenschaft: Gewerbelehrer Otto Pabst an der Gewerbeschule in Durlach an jene in Engen; Gewerbelehrer Karl Zimmermann an der Gewerbeschule in Engen an jene in Durlach, ferner Reallehrer Adolf Bernhardt an der Höheren Mädchenschule in Bruchsal in gleicher Eigenschaft an das Lehrerinnenseminar Prinzessin Wilhelm-Stift in Karlsruhe und die Betriebsassistenten Albert Schmieder in Offenburg nach Freiburg und Edwin Obert in Freiburg nach Offenburg.

\* **Sommersfahrplan** der Städtischen Straßenbahn Im Inzeratenteil vorliegender Nummer ist der am Sonntag, den 13. April in Kraft tretende Sommerfahrplan der Städtischen Straßenbahn Mannheim-Ludwigshafen veröffentlicht, worauf aufmerksam machen.

\* **Wälschisch-reichsländische Bahnpunkte.** Die Einmündung der Eisenbahn Dahn-Mundenthal-Landesgrenze-Weichenburg ist definitiv beschloffen. Die neue Linie mündet direkt in den Bahnhof Weichenburg ein. Die geplante Umführung der Stadt Weichenburg wird also vermieden. Wie von antierichterlicher Seite mitgeteilt wird, werden jetzt die Bauarbeiten des Eisenbahnprojektes Zweibrücken-Landesgrenze in Angriff genommen, so daß die Teilstrecke Zweibrücken-Exheim bestimmt in diesem Herbst in Betrieb genommen werden kann.

\* **Mütterheim.** In diesen Tagen ist der Verein Mannheimer Mütterheim an die lang ersehnte Lösung seiner Aufgabe, an die Eröffnung eines Mütterheims, herangetreten und hat damit einem der dringendsten Bedürfnisse innerhalb seiner Wirkungskreis entsprochen. Wie wichtig und bedeutungsvoll diese Einrichtung, von welcher sozialer Tragweite sie sein wird, wissen vielleicht nur die, die mit diesem schwierigsten aller modernen Probleme ganz vertraut sind, aber auch weiten Kreisen muß ihre Aktualität klar werden, wenn gejagt werden kann, daß das Heim gleich in der ersten Stunde seines Ausbretretens von Schutz und Unterstützung bedürftig und angelehnt wurde. So einfach, ja primitiv das Gänzchen und seine Einrichtung auch sein mag, so ist es doch dank seiner freien, gesunden Lage (Fabrikstrasse 16a), seinen paar kleinen, aber freundlichen Räumen, einem sauberen geschlossenen Hofchen und schmucken Gärten gerade wie geschaffen, jenen Unglücklichen, die durch das Höchste und Heiligste im Frauenleben, durch die Mutterchaft so oft heimatlos werden, Schutz und Stützpunkt zu bieten. Hier können sie in Ruhe und leichter Arbeit ihre schwere Zeit erwarten und naher dahin zurückkehren, um dem kleinen Neugeborenen, wenigstens für einige Wochen die natürliche Nahrung und damit die erste Bedingung gesunder Lebensfähigkeit zu reichen. Die Mutter aber wird hier durch das wenn auch nur zeitweilige Zusammensein mit dem Kinde an Tiefe und stilllichem Ernst gewinnen und wie überall, wo sich solche Heime bereits befinden, wird auch das Mannheimer Mütterheim sich zu einer der segensreichsten sozialen Einrichtungen der Stadt entwickeln. Anschließend an diesen kurzen Bericht darf aber nicht ungefragt bleiben, daß die endlich vollzogene Gründung dieses langgehegten Projektes einzig das Verdienst der jungen tatkräftigen und zielbewußten Vorsitzenden des Vereins. Aus ihrer Initiative ist nicht nur das warmberigete Wollen, sondern auch die fertige Tat hervorgegangen. Sie wußte den Mitvorstand anzureichern und wußte auch weitere Kreise dafür zu interessieren, so daß dank der Hochherzigkeit vieler Kreise, des verständnisvollen Entgegenkommens der Stadtverwaltung und der Opferwilligkeit vieler hiesiger Firmen, das langgeplante Werk endlich seiner Vollendung nahen konnte. Vor und dem Werke, das bereits für sich selbst spricht, wird es auch gelingen, weiter Gönner und Freunde zu werben, damit es wachsen und gedeihen und sich zur Höhe einer der Stadt Mannheim würdigen Anstalt entwickeln kann.

\* **Ein Blumentag** wurde anlässlich der Silberhochzeit des Königspaars in Württemberg veranstaltet. Nach einer vorläufigen Schätzung kann das Ergebnis des Blumentages in Stuttgart auf circa 82 000 M. berechnet werden. Es wäre das ungefähr das doppelte des Ertrages des Tages der Blume der Darmstadtgesellschaft im Mai vergangenen Jahres. Mit den Ergebnissen der einzelnen größeren Spenden wird das Gesamtergebnis des Stuttgarter Blumentages mit 100 000 M. nicht zu niedrig taxiert sein. Für das ganze Land rechnet man insgesamt auf ein Erträgnis von 400—500 000 M.

\* **Der Vorstand** der Freireligiösen Gemeinde Mannheim legt sich für das Amtsjahr 1911/12 aus folgenden Herren zusammen: Theodor Wartsch 1. Vorsitzender, Heinrich Stiffenhöfer 2. Vorsitzender, Dr. Max Buchner Schriftführer für Briefwechsel, Lothar Hertel Schriftführer für Protokolle, Karl Hermann Rechner, Reinhard Föschel, Karl Hoffmann, Gustav Riehn, Robert Kramer,

Orchesterleiter. Augenblicklich befindet er sich auf einer mehrwöchigen Dirigententour in Kanada. Mit Hans Richter verbindet ihn ein inniges Freundschaftsverhältnis und zum Dank für zahllose Liebesdienste und künstlerische Anregungen hat Elgar seine erste Symphonie „Hans Richter, dem wahren Künstler und Freunde“ gewidmet.

**Neine Mittelungen.** Kapellmeister Otto Lohse soll als erster Kapellmeister mit Max Marterstein an das Leipziger Stadttheater gehen. — Der bekannte Wiener Lieberkomponist Johann Sioh ist im Alter von 69 Jahren gestorben. — In der Ausstellung der Societe Nationale in Paris, die bald eröffnet wird, ist das Porträt des Pianisten Baberewski durch einen Messerschmitt zerstört worden. Da der Schnitt quer durch den Hals Baberewski geführt ist, als wenn eine Enthauptung symbolisiert werden sollte, nimmt man an, daß die Tat von einem Romanoman verübt worden ist. Es kann sich aber auch um eine Unvorsichtigkeit handeln. — Die Verhandlungen des Hofkapellmeisters Mikorey in Dessau wegen Übernahme der Kapellmeisterstelle am Stadttheater in Qlin, als Nachfolger Hofes, sind gescheitert. Mikorey bleibt unter ehrenvollen Bedingungen für Dessau verpflichtet. — In Weimar ist der Intendantrat am Großh. Hoftheater, Hans Gelling, gestorben. Hans Gelling, vormals Direktor des Theaters in Wien war ein Regisseur von Phantasie, von seinem Empfinden und gebiegenen Wissen. — Der Professor für Augenheilkunde an der Tierärztlichen und Technischen Hochschule in Stuttgart, Geh. Hofrat Dr. Königshöfer ist im Alter von 59 Jahren gestorben.

Gottlieb Raab, Paul Lubberger, Heinrich Mayer, Hermann Ott, Georg Schneider, Wilhelm Schuch, Weisger.

\* **Zur Vernichtung** des Gasthauses auf der Alexanderstraße. Der durch den Brand des Gasthausegebäudes zur Alexanderstraße hervorgerufene Schaden ist außerordentlich groß. Der nahegelegene Wald war in großer Gefahr, durch den losfallenden Funkenregen entzündet zu werden, doch bildete die Schneedecke hier einen natürlichen Schutz gegen die Brandgefahr. Das Feuer dürfte in dem in Touristenkreisen gut bekannten Gasthof durch die Gasolinanlage entstanden sein.

\* **Mannheim-Ludwigshafener Turnerschaft.** In dem Abtarnen der Vorturner des Gaus hatte sich eine stattliche Schaar von Turnern eingefunden, welche die Vorführungen mit lebhaftem Interesse verfolgten. Die Leistungen standen auf beachtenswerter Höhe und bewiesen, daß die mannigfachen Anregungen und Belehrungen der Gausleitung auf fruchtbaren Boden fielen. Was geboten wurde, und vor allem wie es geboten wurde, bedeutet einen kräftigen Schritt vorwärts und erbrachte den erfreulichen Beweis, daß es mit der Vorturnerschaft im Gau gut bestellt ist. Die allgemeinen Vorführungen, durchweg kraftvolle Bewegungen, hatten ausgezeichnet, obwohl sie nicht besonders vorgeübt waren. Den einzelnen Vorturnerschaften war in der Wahl des Gerätes und der Art der Vorführung freie Hand gelassen. Neben dem Ringturnen sah man daher auch das geordnete Kürturnen. Turnerbund Germania Mannheim hatte Doppelrod, Turngesellschaft Mannheim Harren, Turnverein Mannheim Sturmspringen über lebendige Hindernisse, Turnverein Redaran Strübed und Turn- und Reckklub Ludwigshafen Vorführungen schwieriger Art gewählt. Die Auswahl der Übungen war durchweg zweckentsprechend und die Ausführung demgemäß eine einwandfreie. Nach Schluß des Turnens richtete der Gauvorsitzende, Stadtschulrat Dr. Sickingen, anerkennende Worte an die Vorturner und sparte sie zu weiterer Tätigkeit an, verbreitete sich über deren Bedeutung der Vorturner für die Vereine, erinnerte an den vor nun hundert Jahren begründeten ersten Turnplatz auf der Hohenheide bei Berlin und an den großen Methodiker Turnlehrer Kaul, dem die deutschen Turner an der Stätte seiner Wirksamkeit ein Denkmal errichtet haben. Gut Heil!

\* **Zum Prosech Hunger.** Herr Julius Sinner, der jehnte Leiter der Südb. Grundstücks- und Hypothekerverkehrsanstalt, G. m. b. H., teilt uns mit, daß die Angabe in den Prosechberichten, es seien bei der Gründung der sogenannten Liegenhaftbank Bargelder scheinbar nicht eingelegt worden, unrichtig sei, was die Gesellschaft jederzeit beweisen könne. Es sei auch niemals die Absicht oder Grundlage einer Bankgründung oder eigener Darlehen vorhanden gewesen. Ferner sei unrichtig, daß die G. m. b. H. erst im Jahre 1909 gegründet wurde und daß diese das Haus Chamissostraße oder den Bauplatz im Langenfeld zurückgekauft hätte. Das war im Jahre 1908 der Fall und wurde von der Banktreuhänder Joh. Jul. Klein u. Gen. vorgenommen.

\* **Zur Lohnbewegung im Hafengebiet** wird uns geschrieben: „Die heutige „Volksstimme“ berichtet, daß durch das Aufgebot von Genbarmerie in Ludwigshafen a. Rh. die Streikenden und Ausgesperrten sich in großer Aufregung befinden. Wenn von einer Beurlaubung gesprochen werden kann, so könnte es sich nur darum handeln, daß die befreiten Firmen und die Bevölkerung Befürchtungen wegen und zwar infolge des ungenügenden polizeilichen Schutzes, was durch die nachstehend geschilderten Vorkommnisse am besten illustriert wird. Heute früh 8 Uhr, als ein Mannheimer Hafenkran die Arbeitswilligen bei der Rheinischfahrts-Gesellschaft vorm. Handel im Luitpoldhafen in Ludwigshafen anbrachte, war das ganze Gebiet, in welchem die Werftanlagen der genannten Firma sich befinden, von Streikenden besetzt. Dieselben überschritten trotz des Verbotes und trotz des Ansturms machlos und die Streikenden haben die aus dem Schiff aussteigenden Arbeitswilligen sofort abgehalten und durch Drohungen gehindert, die Arbeit aufzunehmen. Der zweite Vorfall, der noch viel krasser gelagert ist, ereignete sich in den gleichen Hafenanlagen an der Werftshalle der Firma Theodor Hügel. Dasselbe waren die Arbeitswilligen bereits im Betrieb der Firma. Zwei Kranenführer, gerade damit beschäftigt, die Dampfkrane anzufahren, wurden von den Streikenden während ihrer Tätigkeit aus den Kranen herausgeholt. Aber nicht genug damit, daß die Streikenden die beiden Kranenführer weggenommen hatten, wollten sie unter allen Umständen auch die Arbeitswilligen aus dem Betrieb wegbringen. Letztere suchten im Arbeiterraum Schutz, aber auch da waren sie nicht sicher, denn die anstürmende Masse sprengte die Türe zu diesem Raum, nachdem die Arbeitswilligen sich weigerten, denselben freiwillig zu verlassen. Die Streikenden versuchten erst mit Versprechungen und Angebot von Reizeiten und Unterstützung die Arbeitswilligen zu bewegen, die Arbeitsstelle zu verlassen und nachdem dieses Mittel nicht hinreichte, gebrauchten sie Gewalt. Auch dieser gewiß behauerliche Vorfall, der unseres Erachtens auch von besonnenen Arbeitern streng verurteilt wird, war nur dadurch möglich, daß der amtierende Schutzmann der Masse gegenüber machlos war. Wäre dieser zweite Vorfall allein schon genügend, beweisen zu haben, daß an wenig Schutz und zu wenig Genbarmerie vorhanden ist, so wurde noch ein ähnlicher Vorfall bekannt: In Mannheim hat die Polizei das Hafengebiet wohl überwachen lassen, aber die Schutzmannschaft ist nicht in genügender Stärke anwesend, sobald die Leute, welche unter Mittag durch Bugsterboote zum Wohnschiff gebracht werden sollten, heim Passieren der sog. Spandenbrücke einen Steinhogel über sich ergehen lassen mußten. Wäre dort genügend Schutzmannschaft vorhanden gewesen, so hätte auch dieser jeder Ordnung höhnisprechende Vorfall sich nicht ereignen können.“

**1. Hochkunst-, Wirt- und Hotelfach-Ausstellung.**

Die Reg. Conierdenglas-Gesellschaft Rombar v. d. S. Sekretär Josef Blum hier, hat die von der Hochkunst-, Wirt- und Hotelfach-Ausstellung zuerkannte Auszeichnung zurückgewiesen. Wir verweisen diesbezüglich auf die Erklärung im Inzeratenteil.

**Kommunalpolitisches.**

\* **Freiburg, 10. April.** Die Stadtverordneten berieten heute vom Vormittag bis zum Abend in sehr ereignisreicher Sitzung über eine Vorlage zu Gunsten des Baus von Eigenhäusern. Die Stadt will für die Dauer von fünf Jahren, von dem gegen das Höllental zu gelegenen Gelände nur an solche Personen Bauplätze abgeben, die ihr von der Eigenheim-Baugesellschaft in Frankfurt a. M. zugeführt werden und für die diese



# Aus Stadt und Land.

Mannheim, 11. April 1911.

## 46. Kreisversammlung Mannheim.

### Landarmenpflege.

Die Kreisversammlung wird ersucht, zur Bestreitung des Landarmenaufwands im Jahre 1911 die Summe von M. 103000 zu genehmigen. — Der Antrag wird genehmigt.

### Verpflegung armer Augenfranker.

Mit Rücksicht auf die Erhöhung des Verpflegungsbudgets von M. 150 bzw. 75 M. auf M. 230 von 1911 wird beantragt, die Kreisversammlung wolle für Verpflegung armer Augenfranker im Jahre 1911 M. 3000 zu bewilligen. Der Antrag wird genehmigt.

### Fürsorge für Wöchnerinnen und deren Angehörige.

Für das Jahr 1911 soll die Summe von M. 4500 zur Fürsorge für Wöchnerinnen und deren Angehörige in den Kreisvoranschlag eingestellt werden. — Der Antrag wird einstimmig genehmigt.

### Unterstützung gemeinnütziger Anstalten.

Es wird beantragt, die Kreisversammlung wolle den nachgenannten gemeinnützigen Anstalten die beigezeichneten Beträge als Kreisbeiträge für das Jahr 1911 bewilligen: 1. der Arbeiterkolonie Lufensbad 250 M., 2. dem Verband badischer Arbeitsschweizer in Karlsruhe 300 M., 3. der städtischen Zentralanstalt für unentgeltlichen Arbeitsnachweis in Mannheim 1200 M., 4. der städtischen Anstalt für unentgeltlichen Arbeitsnachweis in Weinheim 200 M., 5. dem Fürsorgeheim Mannheim-Neckarau 90 M., 6. der Erziehungs- und Pflegeanstalt für Geisteschwache in Mosbach 400 M., 7. der Heil- und Pflegeanstalt für Epileptische in Kork 300 M., 8. dem Blindenheim in Mannheim 500 M., 9. dem Krüppelheim in Heidelberg 1000 M., 10. dem Hilfverein für entlassene Geistesranke im Großherzogtum Baden in Illenau 50 M., 11. dem Hauspflegerverein in Mannheim 300 M., zusammen 4800 M.

Herr Kemmle wünscht anstelle der Befragtenlisten des Arbeitsnachweises eine mehr ansehnlichere Benutzung des Telefons. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

### Landkrankenpflege

Zur Förderung der Landkrankenpflege sollen 600 M. in den Kreisvoranschlag für 1911 eingestellt werden. — Der Antrag wurde einstimmig genehmigt.

### Kreispflegeanstalt Weinheim.

Die Kreisversammlung wird ersucht: 1. die Dienstverträge des Direktors Wolf und des Buchhalters Krauth zu genehmigen, 2. für den Betrieb der Anstalt einen Zuschuß von 24000 M. zu bewilligen und in den Kreisvoranschlag für 1911 aufnehmen, 3. zur Abtretung von 360 Quadratm. Gelände an die Stadtgemeinde Weinheim zum Preise von 2000 M. ihre Zustimmung zu geben. Herr Str. Lutz verlangt, daß das Kreispflegehaus in Weinheim mit einer Wasserleitung versehen werden sollte. Auch die Frage der Kälteableitung bedürfe einer Klärung.

Herr Landtagsabg. König verbeugte sich über die Geländeabtretung an die Stadtgemeinde Weinheim. Nebner empfahl den Antrag des Kreisaußschusses. Der Kreisaußschuß legt Wert darauf, daß die Ertragsflächen aus einer liebevollen Behandlung rechnen können, jedoch mit dem Kreis gute Geschäfte zu machen sind.

Herr Bürgermeister Ritter: Wenn die Gemeinde Weinheim beabsichtigt, einen Teil von dem früher geschenkten Gelände zu Spekulationszwecken zu verwenden, so wäre es selbstverständlich, daß Weinheim den vollen Betrag hierher bezahlten müßte. So handelt es sich aber um einen gemeinnützigen Zweck und zwar um die Herstellung einer Straße, die für die Elektrifizierung der Bahn Mannheim-Weinheim notwendig ist. Die Stadtgemeinde Weinheim hat unser Bestreben auf das eifrigste unterstützt.

Der Antrag wurde nach kurzen Bemerkungen des Herrn Bürgermeisters Ritter, sowie der Herren Merkel und Landtagsabgeordneten Geiß einstimmig genehmigt.

### Kreisärztl. Krankenhaus Ladenburg.

Es wird beantragt: Die Kreisversammlung wolle a) für den Betrieb des Kreisärztl. Krankenhauses für das Jahr 1911 einen jährlichen Zuschuß von 22000 M. b) für die Wassereinrichtung für die Kinder im Neubau einen außerordentlichen Zuschuß von 350 M. zusammen 22350 M. bewilligen und in den Voranschlag unter Post 28 aufnehmen. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

### Kreisarmenunterstützung.

Der Antrag lautet: I. für die freiwillige Armenunterstützung: a) für gesunde Kinder 60000 M., b) für gedrückte, in Heilanstalten untergebrachte Kinder 7000 M., c) für Krankenhäuser und Selbstpflege 15500 M., d) Verwendung für schuluntaugliche Kinder 1500 M., II. für landarme Kinder 7000 M. III. Verwaltungskosten: a) Gehälter, Post, Anwesenheit 1200 M. b) Reisekosten der Mitglieder des Sonderauschusses 600 M. zusammen 92800 M. zu bewilligen.

Herr Landtagsabg. König hat ein Fall bekannt gemacht, daß ein Gehilfen zu einem Meister gegeben worden ist, der den Jungen schlecht behandelt. Es sollte in Zukunft darauf gesehen werden, daß auf die Auswahl der Lehrherren größeres Gewicht gelegt werde. Herr Dörmann verspricht, daß die Armenkommission in dieser Hinsicht das nötige veranlasse, daß in Zukunft derartige Klagen nicht mehr vorkommen.

### Tuberkulosebekämpfung.

Hierzu liegt ein Antrag vor: 1. zur Unterstützung der Tuberkulose-Ausschüsse des Kreises 2000 M., 2. zur teilweisen Bestreitung der Kosten für Kurbehandlung von minderbemittelten Kreisangehörigen in der Lungenheilstätte Stammberg bei Schriesheim 1500 M., zusammen 3500 M. zu genehmigen.

Herr Landtagsabg. König wünscht, daß zur Unterstützung der Tuberkuloseauschüsse statt 2000 M. 2500 M. in das Budget eingestellt werden. Herr Landtagsabg. König-Schwelbinger bringt einen Antrag ein, in dem um einen höhern Zuschuß ersucht wird, durch den eine wirksame Isolierung der Schwertuberkulosen ermöglicht wird.

Herr Landtagsabg. König befragt nochmals eine Erhöhung des Zuschusses und schließt sich dem Antrage des Vorredners an. Herr Landtagsabg. König führt aus, daß die Bekämpfung der Tuberkulose zu einer der wichtigsten Fragen gehört, wisse jedermann. Wir können aber nur das tun, als die bestehenden Einrichtungen zu der Tuberkulosebekämpfung zu fördern. Man habe bisher erfreuliche Erfolge erzielt. An Hand einer interessanten Statistik weist Herr Landtagsabg. König auf den Abgang der Tuberkulose hin. Alle die angewandten vorbeugenden Mittel haben erfolgreich gewirkt. Was die vom Vorredner gewünschte Tuberkulosebekämpfung betrifft, so ist das mehr Aufgabe des Staates und erwache ich Sie, davon Abstand zu nehmen. Der Kreisaußschuß müßte die Kraft nicht hierzu.

Herr Oberbürgermeister Martin gibt Kenntnis von einem von Stb. Wötter eingebrachten Antrag, der eine Isolierung infektionstüchtiger Tuberkulose verlangt.

Herr Landtagsabg. König meint, daß man von einer Majorisierung Abstand nehmen solle. Man sollte sich damit begnügen, den Antrag dem Kreisaußschusse zur Begutachtung zu überweisen. Man wolle die Sache auch ferner im Auge behalten. Im nächsten Jahresbericht werde dargelegt, was der Kreisaußschuß im Laufe des Jahres in dieser Angelegenheit getan habe.

Herr Stb. Wötter ist der Ansicht, daß von einer Majorisierung keine Rede sein kann. Sein Antrag wolle nur eine Aussprache herbeiführen.

Es gelangte hierauf nachstehender abgeänderter Antrag des Herrn Stb. Wötter zur Abstimmung:

„Der Kreisaußschuß wolle bis zum nächsten Jahre prüfen, ob mit einer Anstalt ein Vertrag abgeschlossen werden kann, welcher die wirksame Bekämpfung infektionstüchtiger Tuberkulosefälle bezweckt.“

Der Antrag Wötter wurde mit 15 gegen 9 Stimmen und der Antrag auf Erhöhung der Summe auf 4000 M. einstimmig genehmigt.

### Unfall- und Haftpflichtversicherung des Kreises, Kranken-, Invaliditäts- und Altersversicherung der Kreisbediensteten, Alters- und Hinterbliebenenversorgung der Kreisstrafen- und Kreiswegwärtner und Unterstützung von Kreisbediensteten in Krankheitsfällen.

Der Kreisaußschuß beantragt, in den 1911er Kreisvoranschlag aufzunehmen: 1. für die Unfall- und Haftpflichtversicherung M. 1000.—, 2. zum Zwecke der Bewilligung von Ruhegehältern, Witwen- und Waisengeltern, sowie von Unterstützungen an die Straßenwärtner und deren Hinterbliebene M. 6200.—. Die Vorlage fand einstimmige Annahme.

### Kreisstrafen und Kreiswege.

Hierfür wird zur Bestreitung des Aufwands für die Kreisstrafen und Kreiswege im Jahre 1911 in den Kreisvoranschlag die Aufnahme von: In Einnahme M. 67915 und M. 202528 in Ausgabe beantragt. Herr Landtagsabg. König: Es sei von Seiten der Landwirte Klage darüber geführt worden, daß die Fundamentierung der Kreisstrafen keine besonders gute sei. Auch sollte man Sorge treffen, daß die durch die Automobile verursachte Staubentwicklung der Kreisstrafen vermindert wird. Insbesondere die Landwirtschaft habe unter der Staubentwicklung der Straßen sehr zu leiden, da der ähndende Stand sehr die Viehhaltung und Obstkultur schädige. Der Redner wünscht Forderung und Kleinpflasterung der Straßen. Ein Mitglied des Kreisaußschusses entgegnete dem Vorredner, daß die meisten Wege von alter Beschaffenheit seien. Die Frage der Herstellung sei eine Geldfrage und man müsse sich fragen, ob die Kosten der Erneuerung zu den Mitteln des Kreises in Einklang stehen. Der Antrag wird genehmigt.

### Berücksichtigung der Kreisrechnungen und der einzelnen Fondsrechnungen für 1910.

Der Vertreter der Rechnungsprüfungskommission bittet nach erfolgtem Richtigbefund der Rechnungen um Berücksichtigung, was auch geschieht.

Hiermit ist die Beratung des Kreisvoranschlags für 1911 beendet. Dieser findet alsdann einstimmige Genehmigung.

### Von den verschiedenen Wahlen wird zunächst die Wahl zum Kreisaußschuß

Herr Landtagsabg. König wünscht hierzu die Wahl eines Vertreters seiner Fraktion in den Ausschuß. Er schlägt als Kandidaten Herrn Abg. Geiß vor.

Die Mitglieder Rechtsanwalt König-Mannheim, Bürgermeister Ritter-Mannheim, Kommerzienrat Imhoff-Mannheim, Bürgermeister Ehrst-Weinheim, Bürgermeister Ding-Gödingen, Bürgermeister Holz-Sedenheim, Gemeinderat Karl Günther-Ladenburg wurden wieder- und Herr Stadtr. Meißner-Mannheim neu hinzu gewählt.

Als Ersatzmänner wurden Bürgermeister Parvian-Schwelbinger und Bürgermeister Schütz-Sedenheim bestimmt. Zur Wahl des

### Sonderauschusses der Kreisarmenunterstützung

wird durch Herr Landtagsabg. König an Stelle des ausscheidenden Herrn Stadtr. Dörmann Herr Arbeitersekretär Wötter vorgeschlagen.

Die vorgenommene Teilwahl ergibt jedoch die Wiederwahl des Herrn Stadtr. Dörmann in den Ausschuß mit 14 Stimmen. Außerdem wurden mit je 12 Stimmen wiedergewählt: Privatmann Friedrich Rippert-Mannheim, Privatmann Georg Dieck-Mannheim, Architekt Carl Schweikart-Mannheim, Privatmann Theodor Grab-Ladenburg, Altbürgermeister Peter Jung-Hernsbach, Bürgermeisterstellvertreter Georg Friedrich Vogler II-Weinheim, Amtsgerichtsekretär a. D. Karl Büchner-Schwelbinger. Herr Wötter erhielt 11 Stimmen.

Der Ausschuß der beiden Wahlhandlungen gibt sodann dem Kreisabgeordneten Kemmle Veranlassung, die Erklärung abzugeben, daß seine Freunde durch den Wahlausfall in der Ansicht bekräftigt wurden, daß man ihrer Arbeit kein Vertrauen entgegenbringe. Sie sehen sich deshalb veranlaßt, für die Zukunft hierauf die Konsequenz zu ziehen.

Herr Landtagsabg. König führt den Standpunkt des Kreisabg. Kemmle verständlich. Die Wahlen in den Kreisaußschuß erfolgten ohne Rücksicht auf die politische Richtung der vorgeschlagenen Kandidaten. Wenn durch den Kreisaußschuß Herr Geiß vorgeschlagen worden wäre, wäre dessen Wahl genau in derselben Weise vor sich gegangen, als die des Herrn Stadtr. Meißner. Er wolle zugunsten der Partei, der Herr Kemmle angehört, annehmen, daß dieser mit seiner Erklärung lediglich eine persönliche Meinung ausgesprochen habe.

Herr Landtagsabg. König stellt fest, daß er keine Erklärung nach erfolgter Verständigung mit seinen Freunden abgegeben habe. Wenn man den politischen Strömungen der Zeit hätte Rechnung tragen wollen, hätte man von den 35 Sitzen ganz gut einen seiner Partei überlassen können. Man wolle einfach eine Gruppe von 7 Mitgliedern unberücksichtigt lassen. Das werde als Misstrauen angesehen.

Herr Oberbürgermeister Martin weist als Vorsitzender darauf hin, daß das Wahlergebnis gezeigt habe, daß es sich gar nicht um ein Misstrauen gegen irgendeine Gruppe handelte, sondern ausschließlich eine Personalfrage vorgelegen habe. Es habe sich nicht darum gehandelt, Herrn Meißner als Vertreter einer bestimmten Gruppe zu wählen. Herr Bürgermeister Urban-Schriesheim habe ja ebenfalls die gleiche Stimmenzahl wie Herr Geiß erhalten. Hier habe lediglich das Jünglein an der Waage den Ausschlag gegeben.

Ferner wurden noch gewählt: Als Mitglieder des Sonderauschusses der landwirtschaftlichen Kreisinternatialschule Lodenburg: Landtagsabg. Valentin Müller-Gallitz, Bürgermeister Joh. Lehmann-Heidelberg, Bürgermeister Joh. Georg Ding-Gödingen,

Bürgermeister Georg Holz-Sedenheim, Stadtrat Valentin Dörmann-Mannheim-Neckarau.

In den der Verbandsverwaltung der Kinderversicherung beigegebenen Ausschuß: Bezirksarzt Robert Elm-Mannheim, Stellvertreter: Bürgermeister Georg Holz in Sedenheim.

In den erweiterten Verwaltungsrat der Fürsorgekasse für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte in Karlsruhe: Als Vertreter: Ratsschreiber Reichert-Schwelbinger. Als Ersatzmänner: Bürgermeisterstellvertreter Vogler-Weinheim, Ratsschreiber Sauer-Sedenheim.

Hiermit war die Tagesordnung erschöpft und konnte sodann der Kreisvorsitzmann, Herr Geh. Regierungsrat Dr. Clemm, mit Worten des Dankes an den Vorsitzenden und die Kreisversammlung die Tagung gegen 12.45 Uhr schließen.

## Der Mannheimer Wohnungsmarkt Mitte November 1910.

Das auch die Altstadt abnehmende Zahlen zeigt, braucht bei dem Charakter dieses Stadtteils als vornehmstes Wohnquartier nicht Wunder zu nehmen. Es ist die Zahl derer, welche auch die geographische Lage ihrer Wohnung dokumentiert wissen wollen, daß sie sich zu den „besseren Leuten“ rechnen, in Mannheim noch lange nicht erschöpft; außerdem bietet auch die Altstadt im Wohnhaushalt immer noch die meisten Vorteile unter allen Stadtteilen. Es wird daher im Allgemeinen jede frei werdende Wohnung in kürzester Zeit wieder bezogen, sobald die Altstadt in Beziehung auf die Zahl der Leerwohnungen der Mindestgrenze sehr nahe steht. Etwas verwickelter gestalten sich die Verhältnisse in der Innenstadt; denn hier haben wir außer neuen Häusern auch alte, sogar in sehr erheblicher Zahl, und unter ihnen wieder von solcher Qualität, daß ihre Wohnungen mehr leer stehen als bewohnt sind. Die Baulastigkeit in der Innenstadt beruht nun von ganz minimalen Ausnahmen abgesehen, auf dem Abbruch gerade dieser alten Häuser. Im Jahre 1910 wurden in der Gesamtstadt 40 Häuser mit 103 Wohnungen abgebrochen, wovon der größte Teil auf die Innenstadt entfiel. Der Abbruch war also ziemlich stark. Die Wohnungserstellung dagegen war nur gering, denn es kamen nur 75 neue Wohnungen in der Innenstadt auf den Markt; jedoch das diesjährige Manko der leerstehenden Wohnungen schon zum größten Teil durch den Abbruch gedeckt wurde.

Das Manko dieser 3 Stadtteile (Innenstadt, Altstadt und Neckarstadt) vermochte jedoch das Manko der anderen drei (Jungbusch, Schwelbingerstadt und Lindenhof) entfernt nicht aufzuwiegen, jedoch ein Mehrvorrat von 60 Wohnungen bleibt. Beim Jungbusch ist die Verschlechterung wohl zum größten Teil auf das Konto der 2. Neckarbrücke zu setzen, welche das Aufsuchen der Arbeitsstätte im Industriebereich wesentlich erleichterte und dadurch allmählich, da die Wohnung im allgemeinen immer der Arbeitsstätte folgt, eine Verlegung auch der Wohnung mit sich brachte. Eine derartige Verlegung wird noch dadurch erleichtert, daß die Miete jenseits des Neckars geringer ist und die Wohnungen in jenem Stadtteil infolge der geringeren Stadterweiterung teilweise bequemer sind, als die in den hohen Mietstufen des Jungbuschs. Während der Arbeiter vom Jungbusch der Industrie nachgezogen ist, hat die Verschlechterung der Schwelbingerstadt ihre Ursache vor allem in der Abwanderung von Fabriken, denn die Bedeutung der Schwelbingerstadt als Fabrikviertel geht in den letzten Jahren immer mehr zurück.

Noch stärker ist die Verschlechterung beim Lindenhof. Er weist überhaupt die weitaus größte Zunahme von Leerwohnungen auf. Die relativ geringe Entfernung der Schwelbingerstadt vom Mittelpunkt der Stadt und dem Industrieviertel an der Fabrikstation ermöglicht dem Arbeiter der nicht mit der Fabrik wandern will, das Aufsuchen einer anderen Arbeitsgelegenheit. Es erfolgt also die Ueberbesetzung nicht sofort, sondern erst nach längerer Zeit; denn es zieht auch der Arbeiter im allgemeinen nur bei zwingenden Gründen um. So war z. B. von der Verlegung der Fabrik Heinrich Lanz von der Schwelbingerstadt nach dem Lindenhof zunächst fast nichts zu bemerken. Der Umzug vollzog sich vielmehr so langsam, daß er bis heute noch nicht durchgeführt ist, wie ja die alljährlich den Lindenhofsteg passierenden Arbeitermassen beweisen.

Es ist ohne weiteres klar, warum auf dem Lindenhof ähnliche Uebergangsercheinungen wie in der Schwelbingerstadt fehlen. Eine Verlegung der Fabrik wirkt hier unmittelbar. Nun wurde 1910 die Wessche Fabrik vom Lindenhof vollends nach dem Waldhof verlegt. Ihre Arbeiter und Beamten mühten mitzuwandern, da eine ähnliche Industrie auf dem Lindenhof fehlte. Die Konsequenz war dann eine Erhöhung der Leerwohnungen von 197 auf 245. Eine derartige Verlegung mußte um so stärker wirken, als auf der anderen Seite die Baulastigkeit weiter anhielt. Sie ging zwar von 1909 auf 1910 bedeutend (von 173 auf 121 Wohnungen) zurück, aber auch diese stark eingeschränkte Produktion, unter der sich 78 Kleinwohnungen befanden, war noch zu groß für die Nachfrage.

Es kommt jetzt für den Lindenhof ein ganz bestimmtes, scharf umrissenes Kontingent von Mietern in Frage, dessen Grenzen erreicht zu sein scheinen, jedoch für die nächste Zeit an eine wesentliche Verengung kaum zu denken ist, es sei denn, daß die Baulastigkeit ganz erheblich nachläßt. Daher haben wir dort auch in allen Wohnungsklassen ein Ueberangebot.

Nicht so gleichmäßig ist das Ueberangebot in der Schwelbingerstadt verteilt. Hier sind es besonders die ganz kleinen Wohnungen, während die größeren schwächer als auf dem Lindenhof vertreten sind. In der Innenstadt dagegen haben wir als Folge der Abwanderung nach der Altstadt eine ziemlich Anzahl leerstehender mittlerer und größerer Wohnungen; denn von der 5-Zimmerwohnung an bleibt der Innenstadt die Führung erhalten. In der 2-, 3- und 4-Zimmerwohnung verschiebt sich dann das Schwergewicht bezeichnerweise nach der Neckarstadt und zwar kommen die 4-Zimmerwohnungen fast ausschließlich und die mit 3 Zimmern zum großen Teil auf das Konto der Neckarstraße und des angrenzenden Baublocks.

### Geschäftliches.

Städtische Gewerbe-Akademie Friedrich I. (Hessen) in Darmstadt von Bad Ronsheim, 13. Bahnkilometer von Frankfurt a. M., steht unter der Leitung des Realerziehungsamtmanns Dr. Ing. Kröner und ist eine höhere technische Lehranstalt akademischen Charakters, welche mit ihren Lehrplänen über den Rahmen der Technik hinausgeht. Die Anstalt ist in hohem Maße und durchaus kein Gewerbestandort, da die Stadt sehr namhafte Zuschüsse leistet — An der Anstalt bestehen 4 Abteilungen: Maschinenbau, Elektrotechnik, Bauingenieurwesen, Architektur. Sie besitzt bedeutende Lehrmittel, darunter eine reichhaltige Bibliothek, ein mechanisches und ein elektrotechnisches Laboratorium und vermittelt eine abgeschlossene Ausbildung zum Ingenieur der vier angegebenen Fachrichtungen. — Die Kurse beginnen im Frühjahr und im Herbst und können zu eben solcher Zeit Prüfungen abgelegt werden. Die Anstalt erzieht sich eines sehr respektablen Rufes. — Ausführliche Programme und Studienpläne erhält man kostenlos durch das Sekretariat.



Eisenbahnen, A. Deutsche.

Table with columns for date (10, 11) and various railway stock prices (e.g., 4% Reichsbank, 3% Reichsbank).

Ältere Industrieller Unternehmen.

Table listing various industrial companies and their stock prices (e.g., Bab. Ruderfabri., Sächs. Immobilien-Ges.).

Bergwerksaktien.

Table listing mining stocks and their prices (e.g., Bochumer Bergbau, Lubera).

Ältere deutsche und ausländische Transportgesellschaften.

Table listing transport companies and their stock prices (e.g., Sächs. Eisenb., Hamburger Paket).

Blaubriefe, Prioritäts-Obligationen.

Table listing blue notes and priority obligations with their respective interest rates and prices.

Bau- und Versicherungs-Aktien.

Table listing construction and insurance stocks (e.g., Sächsische Bau-, Bau u. Real-Est.).

Berliner Effektenbörse.

Table listing Berlin stock exchange prices for various securities (e.g., Kreditaktien, Diskonten).

Berlin, 11. April. (Schlusskurse.)

Table showing closing stock prices in Berlin for various companies and bonds (e.g., Reichsbank, Reichsanleihe).

W. Berlin, 11. April. (Telegr.)

Table showing telegraphic stock prices from West Berlin (e.g., Kreditaktien, Diskonten).

Pariser Börse.

Table showing Paris stock exchange prices (e.g., 3% Rente, 4% Rente).

Londoner Effektenbörse.

Table showing London stock exchange prices for various securities (e.g., 2 1/2% Consols, 3% Consols).

Wiener Börse.

Table showing Vienna stock exchange prices (e.g., Kreditaktien, Österreich-Ungarn).

Wien, 11. April. Nachm. 1.00 Uhr.

Table showing afternoon stock prices in Vienna (e.g., Kreditaktien, Österreich-Ungarn).

Wien, 11. April. Nachm. 1.50 Uhr.

Table showing late afternoon stock prices in Vienna (e.g., Kreditaktien, Österreich-Ungarn).

Wien, 11. April. Nachm. 2.00 Uhr.

Table showing late evening stock prices in Vienna (e.g., Kreditaktien, Österreich-Ungarn).

Marx & Goldschmidt, Mannheim

Telegraphische Adressen: Margold, Fernsprecher: Nr. 56 und 1687 11. April 1911. Provisionsfrei!

Table listing various insurance and financial services offered by Marx & Goldschmidt, Mannheim.

Saisongüter-Verkehr im Mannheimer Hafenverkehr

Table listing seasonal goods traffic in the Mannheim harbor (e.g., Schiffe, Tonnage).

Telegraphische Schiffsnachrichten des Nordh. Lloyd, Bremen.

Table listing telegraphic ship news from the North German Lloyd (e.g., Schiffe, Abfahrtszeiten).

Bestbewährte gesunde und magen-darmkranke Nahrung für Kinder.

Advertisement for Kufeke baby food, featuring a diamond logo and text describing its benefits for children.

Advertisement for TURK-PABST'S Feinste Mayonnaise and Anchovy-Paste & Sardellen-Butter.

Time is money, sagt der Amerikaner.

Text advertisement discussing the value of time and the benefits of a specific product, likely related to the previous ad.



Bekanntmachung.

Sonntag, den 15. April d. J. tritt der Sommerfahrplan der städtischen Straßenbahn Mannheim-Ludwigshafen in Kraft.

Die ersten und letzten Wagen auf den einzelnen Linien verkehren hiernach wie folgt:

Linie 1. Hauptbahnhof-Planen-Ring-Hauptbahnhof-Lindenhof-Waldpark.

Fahrzeit 32 Minuten.

Linie 2. Lindenhof-Waldpark-Hauptbahnhof-Ring-Planen-Hauptbahnhof.

Fahrzeit 32 Minuten.

Table for Line 1 and 2 showing departure times for 'Erster Wagen', 'Vorletzter Wagen', and 'Letzter Wagen' at various stations like Hauptbhf. über Planen, Lindenhof-Waldpark, etc.

Linie 3. Waldhof-Diffenstraße-Elektrizitätswerk-Friedrichsbrücke-Anilinfabrik-Friesenheim.

Fahrzeit 30 Minuten.

Table for Line 3 showing departure times for 'Erster Wagen', 'Vorletzter Wagen', and 'Letzter Wagen' at stations like Waldhof, Friedrichsbrücke, Anilinfabrik, etc.

Linie 4. Hauptbahnhof Mannheim-Hauptbahnhof Ludwigshafen.

Fahrzeit 10 Minuten.

Table for Line 4 showing departure times for 'Erster Wagen', 'Vorletzter Wagen', and 'Letzter Wagen' at Hauptbahnhof Mannheim and Ludwigshafen.

Linie 5. Lindenhof-Waldpark-Breitstraße-Waldhof-Krahe (Humboldtstraße).

Fahrzeit 21 Minuten.

Table for Line 5 showing departure times for 'Erster Wagen', 'Vorletzter Wagen', and 'Letzter Wagen' at stations like Lindenhof-Waldpark, Waldhof, etc.

Linie 6. Schlachthof-Schloß-Dungbuschstraße-Hammerschleuse.

Fahrzeit 29 Minuten.

Table for Line 6 showing departure times for 'Erster Wagen', 'Vorletzter Wagen', and 'Letzter Wagen' at stations like Schlachthof, Schloß, etc.

Linie 7. Neckarau-Zatterfall-Planen-Parkring-Ludwigshafen Kaiser-Wilhelmstraße-Mundenheim.

Fahrzeiten: Neckarau-Rheinlust . . . 30 Minuten, Rheinlust-Kaiser-Wilhelmstraße 6 . . .

Table for Line 7 showing departure times for 'Erster Wagen', 'Vorletzter Wagen', and 'Letzter Wagen' at stations like Neckarau, Zatterfall, etc.

Linie 8. Luisepoldhafen-Hauptbahnhof Ludwigshafen-Friedhof.

Fahrzeit 18 Minuten.

Table for Line 8 showing departure times for 'Erster Wagen', 'Vorletzter Wagen', and 'Letzter Wagen' at stations like Luisepoldhafen, Hauptbahnhof Ludwigshafen, etc.

Linie 9. Kaiser-Wilhelmstraße-Mundenheim-Rheingönheim.

Fahrzeit 23 Minuten.

Table for Line 9 showing departure times for 'Erster Wagen', 'Vorletzter Wagen', and 'Letzter Wagen' at stations like Kaiser-Wilhelmstraße, Mundenheim, etc.

Linie 10. Käferthal-Friedrichsbrücke-Friedrichsring-Planen-Breitstraße-Friedrichsbrücke-Käferthal.

Fahrzeit in jeder Richtung 43 Minuten.

Table for Line 10 showing departure times for 'Erster Wagen', 'Vorletzter Wagen', and 'Letzter Wagen' at stations like Käferthal, Friedrichsbrücke, etc.

Linie 11. Hauptbahnhof Mannheim-Ludwigshafen-Hauptbahnhof Mannheim.

Fahrzeit 10 Minuten.

Table for Line 11 showing departure times for 'Erster Wagen', 'Vorletzter Wagen', and 'Letzter Wagen' at Hauptbahnhof Mannheim and Ludwigshafen.

Linie 12. Hauptbahnhof Mannheim-Ludwigshafen-Hauptbahnhof Mannheim.

Fahrzeit 10 Minuten.

Table for Line 12 showing departure times for 'Erster Wagen', 'Vorletzter Wagen', and 'Letzter Wagen' at Hauptbahnhof Mannheim and Ludwigshafen.

Linie 13. Hauptbahnhof Mannheim-Ludwigshafen-Hauptbahnhof Mannheim.

Fahrzeit 10 Minuten.

Table for Line 13 showing departure times for 'Erster Wagen', 'Vorletzter Wagen', and 'Letzter Wagen' at Hauptbahnhof Mannheim and Ludwigshafen.

Linie 6a. Hammerschleuse-Friesenheimerstraße, nur an Wochentagen in Betrieb. Fahrzeit 7 Minuten.

Table for Line 6a showing departure times for 'Erster Wagen', 'Vorletzter Wagen', and 'Letzter Wagen' at Hammerschleuse and Friesenheimerstraße.

Linie 7. Neckarau-Zatterfall-Planen-Parkring-Ludwigshafen Kaiser-Wilhelmstraße-Mundenheim.

Fahrzeiten: Neckarau-Rheinlust . . . 30 Minuten, Rheinlust-Kaiser-Wilhelmstraße 6 . . .

Table for Line 7 showing departure times for 'Erster Wagen', 'Vorletzter Wagen', and 'Letzter Wagen' at stations like Neckarau, Zatterfall, etc.

Linie 8. Luisepoldhafen-Hauptbahnhof Ludwigshafen-Friedhof.

Fahrzeit 18 Minuten.

Table for Line 8 showing departure times for 'Erster Wagen', 'Vorletzter Wagen', and 'Letzter Wagen' at stations like Luisepoldhafen, Hauptbahnhof Ludwigshafen, etc.

Linie 9. Kaiser-Wilhelmstraße-Mundenheim-Rheingönheim.

Fahrzeit 23 Minuten.

Table for Line 9 showing departure times for 'Erster Wagen', 'Vorletzter Wagen', and 'Letzter Wagen' at stations like Kaiser-Wilhelmstraße, Mundenheim, etc.

Linie 10. Käferthal-Friedrichsbrücke-Friedrichsring-Planen-Breitstraße-Friedrichsbrücke-Käferthal.

Fahrzeit in jeder Richtung 43 Minuten.

Table for Line 10 showing departure times for 'Erster Wagen', 'Vorletzter Wagen', and 'Letzter Wagen' at stations like Käferthal, Friedrichsbrücke, etc.

Linie 11. Hauptbahnhof Mannheim-Ludwigshafen-Hauptbahnhof Mannheim.

Fahrzeit 10 Minuten.

Table for Line 11 showing departure times for 'Erster Wagen', 'Vorletzter Wagen', and 'Letzter Wagen' at Hauptbahnhof Mannheim and Ludwigshafen.

Linie 12. Hauptbahnhof Mannheim-Ludwigshafen-Hauptbahnhof Mannheim.

Fahrzeit 10 Minuten.

Table for Line 12 showing departure times for 'Erster Wagen', 'Vorletzter Wagen', and 'Letzter Wagen' at Hauptbahnhof Mannheim and Ludwigshafen.

Linie 13. Hauptbahnhof Mannheim-Ludwigshafen-Hauptbahnhof Mannheim.

Fahrzeit 10 Minuten.

Table for Line 13 showing departure times for 'Erster Wagen', 'Vorletzter Wagen', and 'Letzter Wagen' at Hauptbahnhof Mannheim and Ludwigshafen.

Linie 14. Hauptbahnhof Mannheim-Ludwigshafen-Hauptbahnhof Mannheim.

Fahrzeit 10 Minuten.

Table for Line 14 showing departure times for 'Erster Wagen', 'Vorletzter Wagen', and 'Letzter Wagen' at Hauptbahnhof Mannheim and Ludwigshafen.

Linie 15. Hauptbahnhof Mannheim-Ludwigshafen-Hauptbahnhof Mannheim.

Fahrzeit 10 Minuten.

Table for Line 15 showing departure times for 'Erster Wagen', 'Vorletzter Wagen', and 'Letzter Wagen' at Hauptbahnhof Mannheim and Ludwigshafen.

Linie 16. Hauptbahnhof Mannheim-Ludwigshafen-Hauptbahnhof Mannheim.

Fahrzeit 10 Minuten.

Table for Line 16 showing departure times for 'Erster Wagen', 'Vorletzter Wagen', and 'Letzter Wagen' at Hauptbahnhof Mannheim and Ludwigshafen.

Verkauf von Wagenmärkten. Die Abholung von Wagenmärkten besteht aus: a) Hauptmarkt: Montag, Mittwoch und Samstag, am Karfreitag von 6-1 Uhr vormittags der öffentliche Fischmarkt; b) Nebstmarkt u. kleine Planen N-O: Dienstag und Donnerstag; c) Lindenhof und Schweißstraße: 1000 Mittwoch und Samstag, Mannheim, 7. April 1911.

Bekanntmachung. Es wird hiermit zur Kenntnis gebracht, daß ein Beschluss über die Versteigerung des Stadtbahndepots in Mannheim - Kaisersplatz 2/3 - während 6 Wochen zur Einsichtnahme ausliegt ist. Mannheim, 7. April 1911. Städtisches Straßenbahnamt: K. W. I. L.

Bekanntmachung. Die Versteigerung der Steigleinwagen vom Hauptbahnhof Mannheim bis zu den Gaswerkern und die Versteigerung der Leitungen für Automatenanordnungen soll im Wege der öffentlichen Ausschreibung auf die Dauer von vorläufig 3 Jahren vergeben werden. Die Angebote sind bis zum 29. April 1911, vormittags 11 Uhr

geschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, bei der unterzeichneten Direktion einzureichen. Die Unterlagen liegen in meinem Verwaltungsgebäude, K. 7, 13, Zimmer Nr. 15, auf und werden an Interessenten auf Wunsch abgegeben. Mannheim, 2. April 1911. Die Direktion der Städtischen Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke: P. I. L. E. R.

Arbeitsvergebung. Für das Verlegen der drei alten Holzernen Gleisen auf dem hiesigen Bahnhof soll die Ausführung der Zimmerarbeiten im Wege der öffentlichen Angebotsverfahren werden. Angebote hierauf sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, bis spätestens

Dienstag, 18. April d. J. 10 Uhr vormittags 11 Uhr an die Kanzlei des unterzeichneten Amtes (Rathaus N. 1, III. Stock, Zimmer Nr. 125) einzureichen, woraufhin die Öffnung der Angebote in Gegenwart eines erschienenen Bieters oder dessen bevollmächtigten Vertreter erfolgt. 1008 Angebotsformulare sind im Zimmer 126 kostenlos erhältlich. Mannheim, 5. April 1911. Städtisches Bauamt: P. I. L. E. R.

Wagen-Verpachtung. Mittwoch, 12. April 1911, vormittags 10 Uhr verpachten wir auf dem Rathaus in Heidelberg am dem evangelischen Schulplatz 2 Redarbrücke u. ein Quatrad im Wege von zusammen 2400 qm auf ein bestimmtes Zeitbeband. 1008 Mannheim, 6. April 1911. Städt. Bauverwaltungsamt: P. I. L. E. R.

Erweiterungs-Verdingung. Auf Antrag der Stadtgemeinde Mannheim werden am Dienstag, 18. April 1911, nachmittags 4 Uhr im großen Saal des alten Rathauses P. 1, 5 durch den unterzeichneten Notar die nachbeschriebenen beiden Baupläne bei der neuen Oberen Mädchenkantine im Block IX der städtischen Stadterweiterung unter Zugrundelegung eines Durchschnittsbereiches von 65,20 qm pro qm im ganzen öffentlich verdingt: Bauplan Pab. Nr. 4870 Kolonnenstraße 28 und Kolonnenstraße 30 und Bauplan Pab. Nr. 4871 Kolonnenstraße 9, zusammen 620 qm. Hierzu kommt noch 65 qm Gartenanlage zum Bauplan Kolonnenstraße 28, wofür ein fester Preis von 10 000 000 pro qm an bezahlten ist. Die Leistung der beiden Baupläne bleibt dem Erbauer überlassen. Die weiteren Verdingungsbedingungen können im Geschäftszimmer des unterzeichneten Notars O. 6, 1 oder im neuen Rathaus bei der Einsichtnahme werden. Mannheim, 11. März 1911. Groß. Notar N. E. P. I. L. E. R.

Verkauf von Wagenmärkten. Die Abholung von Wagenmärkten besteht aus: a) Hauptmarkt: Montag, Mittwoch und Samstag, am Karfreitag von 6-1 Uhr vormittags der öffentliche Fischmarkt; b) Nebstmarkt u. kleine Planen N-O: Dienstag und Donnerstag; c) Lindenhof und Schweißstraße: 1000 Mittwoch und Samstag, Mannheim, 7. April 1911.

Bekanntmachung. Es wird hiermit zur Kenntnis gebracht, daß ein Beschluss über die Versteigerung des Stadtbahndepots in Mannheim - Kaisersplatz 2/3 - während 6 Wochen zur Einsichtnahme ausliegt ist. Mannheim, 7. April 1911. Städtisches Straßenbahnamt: K. W. I. L.

Bekanntmachung. Die Versteigerung der Steigleinwagen vom Hauptbahnhof Mannheim bis zu den Gaswerkern und die Versteigerung der Leitungen für Automatenanordnungen soll im Wege der öffentlichen Ausschreibung auf die Dauer von vorläufig 3 Jahren vergeben werden. Die Angebote sind bis zum 29. April 1911, vormittags 11 Uhr

geschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, bei der unterzeichneten Direktion einzureichen. Die Unterlagen liegen in meinem Verwaltungsgebäude, K. 7, 13, Zimmer Nr. 15, auf und werden an Interessenten auf Wunsch abgegeben. Mannheim, 2. April 1911. Die Direktion der Städtischen Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke: P. I. L. E. R.

Arbeitsvergebung. Für das Verlegen der drei alten Holzernen Gleisen auf dem hiesigen Bahnhof soll die Ausführung der Zimmerarbeiten im Wege der öffentlichen Angebotsverfahren werden. Angebote hierauf sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, bis spätestens







